



HAMBURGER GESPRÄCHE
für Naturschutz

2007

Fisch ohne Schutz

MICHAEL OTTO
STIFTUNG



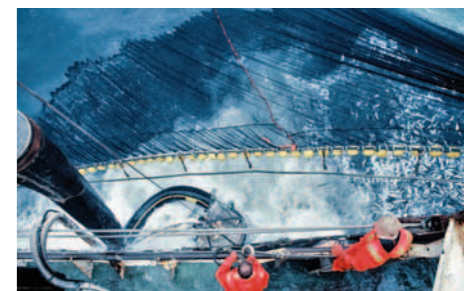
MICHAEL OTTO
STIFTUNG



Fisch ohne Schutz

Ein Symposium über die
Möglichkeiten einer nachhaltigen
Bewirtschaftung der Meere

Vorwort Dr. Michael Otto	4
Zwischen Ausbeutung und Bestandssicherung	6
Auswirkungen der Überfischung auf die Biodiversität Prof. Dr. Daniel Pauly	8
Die strategische Ausrichtung der EU-Fischereipolitik Reinhard Priebe	14
Politische Initiativen zum Schutz der Fischbestände Dr. Christian von Boetticher	18
Nachhaltige Fischerei	22
Visionen für eine zukunftsfähige Fischerei Karoline Schacht	24
Beitrag eines Fischverarbeiters zu einer nachhaltigen Fischerei Dr. Peter Dill	30
Ergebnisse und Ausblick	34
Podiumsdiskussion	36
Die Hamburger Gespräche für Naturschutz	44
Michael Otto Stiftung für Umweltschutz	46
Impressum und Bildnachweise	47



Vorwort

Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Kuratoriums der Michael Otto Stiftung für Umweltschutz



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit unserer Gesprächsreihe „Hamburger Gespräche für Naturschutz“ wollen wir auch über den Tag hinaus wirken. Ich freue mich deshalb, dass die auf den zweiten Hamburger Gesprächen 2005 begonnene Diskussion über die Bedrohung des Wattenmeeres durch den Klimawandel und den damit verbundenen Meeresspiegelanstieg zu einem erweiterten Dialog geführt hat. Unter der Moderation der Michael Otto Stiftung und der Beteiligung von Bundesumweltministerium und Bundesamt für Naturschutz beraten jetzt seit knapp einem Jahr Experten aus Natur- und Küstenschutz über Szenarien und Lösungen dieser Problematik. Ziel des Projektes ist der Erhalt des einmaligen Lebensraumes Wattenmeer, der unter den Bedingungen eines konventionellen Küstenschutzes zwischen einem steigenden Meeresspiegel und wachsenden Deichen buchstäblich zerrieben werden würde.

Und es freut mich, dass unsere Diskussion vom letzten Jahr über die wichtigen Funktionen von CO₂-Senken auf der 3. Pripjet-Konferenz meiner Stiftung in Minsk wieder aufgenommen worden ist. Unser Ziel, das wir gemeinsam mit unseren Partnern am Pripjet verfolgen, ist es, die politische, wissenschaftliche und finanzielle Basis für die Wiederherstellung und den Schutz diesen einmaligen Feuchtgebietes in Weißrussland zu entwickeln, um zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und dem Schutz des Klimas beizutragen. In der Abschlussresolution der Minsker Konferenz haben sich die Teilnehmer unter Einbeziehung des weißrussischen Umweltministeriums vorgenommen, das größte Wiedervernässungsprojekt für trockengelegte Moore in Europa – rund 500.000 Hektar – voranzutreiben.

Die wichtige Rolle der CO₂-Senken hat auch Eingang gefunden in die Position der Unternehmer, die sich auf Initiative meiner Stiftung in diesem Frühjahr unter dem Namen „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“ zusammengeschlossen haben. In ihren Publikationen für die notwendigen klimapolitischen Maßnahmen betont die Initiative auch den dringenden Schutz von Meeren, Wäldern, Mooren und Böden, denn diese Ökosysteme besitzen entscheidende CO₂-Speicherfunktionen. Damit wird die Rolle des Naturschutzes innerhalb der internationalen Bemühungen um den Klimaschutz klar akzentuiert.

Mit den 4. Hamburger Gesprächen wollen wir uns dem Thema Fisch widmen und damit auch dem Zustand unserer Meere. Der englische Schriftsteller Arthur Clarke hat sehr geistreich angemerkt, wie unpassend es doch eigentlich sei, diesen Planeten „Erde“ zu

nennen, wo er doch offensichtlich ganz überwiegend aus Ozeanen bestehe. In diesen Ozeanen spielt sich seit rund 50 Jahren eine beispiellose Tragödie ab. Diese Tragödie steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Beginn des industriellen Fischfangs Anfang der 1960er Jahre. Auch hier hat sich der Mensch als ein nahezu unbezwingbarer Jäger erwiesen. Kaum ein anderer Industriezweig hat so maßgeblich zu der Zerstörung des genetischen Erbes beigetragen wie die Fischindustrie. Weite Teile unserer Meere sind buchstäblich leergefischt. Viele Arten, die hier in geradezu unermesslicher Zahl von Individuen existierten, sind ausgestorben oder in ihrer Existenz bedroht. So ist beispielsweise die Zahl der großen Räuber, also Thunfisch, Schwertfisch, Marlin, Heilbutt und Haifisch seit 1960 um 90 Prozent zurückgegangen. Einerseits weil ihre Bestände selbst gejagt werden, andererseits, weil ihre Beutetiere überfischt sind und als Nahrungsquelle nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen.

In dieser Situation fehlt es nicht an warnenden Stimmen aus der Wissenschaft, dass sich diese unheilvolle Entwicklung fortsetzen und zur völligen Zerstörung der Fischpopulationen in weiten Teilen der Ozeane führen könnte. Aber statt auf diese Warnungen zu reagieren, den Schutz der bedrohten Bestände auszuweiten und vor allem auch durchzusetzen, erhält man bei der Beobachtung der internationalen Verhandlungen den Eindruck, die Politik habe bei der Festlegung von Fangquoten häufig nur das Interesse der Fischindustrie und der hier sicherlich wichtigen Arbeitsplätze im Auge. Aber es ist offensichtlich, dass es bei einer Fortsetzung der aktuellen Entwicklung nur Verlierer geben wird: den Fisch, die Meere, die Industrie – und den Menschen, denn die Menschen sind auf Fisch als Nahrungsquelle angewiesen. In vielen Entwicklungsländern bildet Fisch sogar eine entscheidende Existenzgrundlage. Umso befremdlicher mutet es an, dass die großen, hochmodernen Fangflotten der Industrienationen gerade vor den Küsten dieser armen Länder aufkreuzen, um ihren Fang dann auf den heimischen Märkten abzusetzen. Bei all dem haben wir noch nicht berücksichtigt, wie tief der Einschnitt dieser Entwicklung auf das gesamte Ökosystem der Ozeane einwirkt, wie grundsätzlich die Biodiversität gestört und die Reproduktionsfähigkeit der marinen Flora und Fauna beeinträchtigt wird.

Angesichts dieser Entwicklung wollen wir der Frage nachgehen: Ist Fisch ohne Schutz? Oder anders gewendet: Was kann getan werden, um das Ökosystem der Ozeane zu bewahren, die Artenvielfalt der Meere zu erhalten und die Ernährung für eine wachsende Erdbevölkerung langfristig zu sichern?

Zwischen Ausbeutung und Bestandssicherung



So unendlich der Reichtum der Meere auch scheinen mag: Ein Großteil der Fischbestände ist heute bereits erschöpft. Die Bedrohung der Ozeane geht vor allem von der industriellen Hochseefischerei aus. Abhilfe schaffen könnte eine Fischereipolitik, die entschlossen gegen die illegale Fischerei vorgeht und eine nachhaltige Nutzung der Meere über die kurzfristigen Interessen der Wirtschaft stellt. Auch muss die EU ihre Ziele längerfristig anlegen und entschlossener verfolgen. Helfen können dabei maßgeschneiderte Ansätze für die einzelnen Regionen.

Die Auswirkungen der Fischerei auf die Biodiversität

Prof. Dr. Daniel Pauly, Leiter des Fischerei-Zentrums der University of British Columbia, Kanada

Prof. Dr. Daniel Pauly

Daniel Pauly, geboren 1946 in Paris, aufgewachsen in der Schweiz und in Deutschland, studierte in den 1970er Jahren Fischereibiologie an der Universität Kiel und arbeitete danach in einem internationalen Meeresforschungsinstitut in Manila, Philippinen. 1994 wechselte er zur University of British Columbia im kanadischen Vancouver und ist dort seit 2003 Leiter des Fischerei-Zentrums. Pauly hat zahlreiche Datenbanken und Fischerei-Modelle entwickelt, darunter die Fischdatenbank FishBase (www.fishbase.org) und die Kartierung globaler Trends in Fischerei und Biodiversität (www.searoundus.org).



Obwohl die Fangschiffe immer mehr und immer größer und die Fangmethoden noch ausgefeilter werden, sinkt weltweit die Menge angelandeter Fische. Schuld daran ist die industrielle Fischerei. Sie zerstört die Meeresböden und fängt alles, was ihr vor die riesigen Netze gerät. Um die marinen Ökosysteme – und somit auch die Fischerei – zu retten, müssen die Flotten schrumpfen, großflächige Meeresreservate entstehen und schädliche Subventionen abgebaut werden.



Ich beginne meine Ausführungen mit einer Tragödie aus Kanada: Zwischen 1400 und 1950 war der Fang der Fischer dort etwa konstant. Sie fingen Dorsch mit einfachen Geräten wie Leinen und Reu-

sen. Ab den 1960er Jahren kamen Trawler aus Europa, deren Grundschleppnetze nicht nur Fische, sondern den ganzen Meeresboden mitnehmen konnten, mit allem Drum und Dran. Die Fänge stiegen

zunächst, aber die Bestände sanken noch schneller. 1992 war der Dorschbestand zerstört und die Fischerei wurde drastisch reduziert. Vor vier Jahren musste sie dann endgültig eingestellt werden.

Wie verallgemeinerbar ist das? Ist dies eine Geschichte, die generell etwas aussagt über die Fischerei, die ehemals handwerklich war und heute industriell betrieben wird? Ich würde sagen, die Fischerei war noch nie nachhaltig. Sie hat in Serie Fischbestände geplündert. Die Rückgänge der Fangmengen wurden und werden durch verbesserte Technik wettgemacht, durch geografische Expansion und nicht zuletzt durch den Rückgriff auf Arten, die

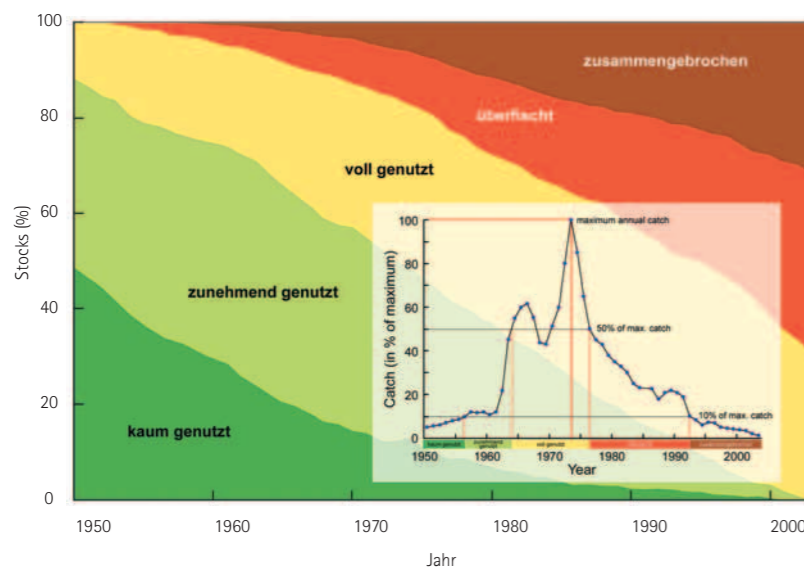


Abb. 1.: Zustandentwicklung globaler Fischereien seit 1950. Zusammengestellt aus 20.000 Fangzeitserien (eine für jede arten- und länderspezifische Kombination) und den Definitionen, die mit der Fangzeitserie erklärt werden: „nicht/kaum genutzt“ (underdeveloped), „zunehmend genutzt“ (developing), „voll genutzt“ (fully exploited), „überfischt“ (overexploited) und letztlich „zusammengebrochen“ (crashed). Die Zunahme der zusammengebrochenen Bestände weist auf fehlende Nachhaltigkeit hin.

man zuvor verschmäht hatte. Wo immer ein Fischbestand für das Gerät der Fischer erreichbar war, kam es zwangsläufig zur Plünderung.

Abnehmende Bestände

Die Umrissse dessen, was wir heute die globale Krise der Fischerei nennen, wurden Mitte der 1990er Jahre sichtbar, als man begann, den Kollaps des kanadischen Kabeljaus als repräsentativ für die Weltfischerei zu verstehen. Die Fischereifänge entwickeln sich in der Regel in einer vorhersehbaren Folge: „nicht/kaum genutzt“, „zunehmend genutzt“, „voll genutzt“, „überfischt“ und letztlich „zusammengebrochen“. Tatsächlich folgt am Ende sehr oft der Kollaps der Bestände (Abb. 1). Würden die Fischereien der Welt nachhaltig betrieben, dann würden die Bestände in Abb. 1 im Zustand „voll genutzt“ bleiben. Tatsächlich aber weisen die Fänge der Weltfischerei immer mehr auf überfischte und kollabierte Bestände hin – in der Regel erfolgte die Transition von einem zum anderen Zustand in sechs bis sieben Jahren; aktuell dauert es nur noch vier bis fünf Jahre.

Angesichts dessen kann man bestimmte Entwicklungen vorhersagen: Die jetzt produktiven Bestände, vor allem die großen Raubfischarten, werden innerhalb weniger Jahrzehnte kollabiert sein. Die jährlich in den Weltmeeren gefangene Fischmenge von rund 90 Millionen Tonnen nimmt seit einigen Jahren um über

eine halbe Million Tonnen pro Jahr ab. Diese Abnahme wird sich wahrscheinlich beschleunigen – das Ergebnis von politisch festgelegten Fangquoten und einer insgesamt verfehlten Politik.

Um ihre Fangmengen auch bei schrumpfenden Beständen zu gewährleisten, vergrößert die Fischerei ihren Radius. Sie fischt in immer größeren Tiefen oder über fernen Seebergen und macht sich über die heißumkämpften Fischgründe entlang der westafrikanischen Küste (Abb. 2), in Südostasien oder in der südlichen Hemisphäre her. Das Ausweichen auf die Tiefsee ist nur deshalb gewinnbringend, weil viele Staaten – darunter Japan und Südkorea, aber auch Spanien und Frankreich – die Tiefseefischerei mit vergünstigtem Treibstoff subventionieren. Pro Kilogramm erbeutetem Hummer müssen beispielsweise zwischen fünf und acht Liter Treibstoff aufgewendet werden.

Verschwenderischer Rückwurf

Ein ganz entscheidender Grund für die Abnahme der Fischbestände ist auch, dass mehr gefangen und getötet als angelandet wird, das heißt, ein großer Teil des sogenannten Beifangs wird wieder über Bord geworfen. Das nennt man heute „Rückwurf“ (Discard). Die moderne Fischerei fischt unselektiv alle möglichen Tiere ab

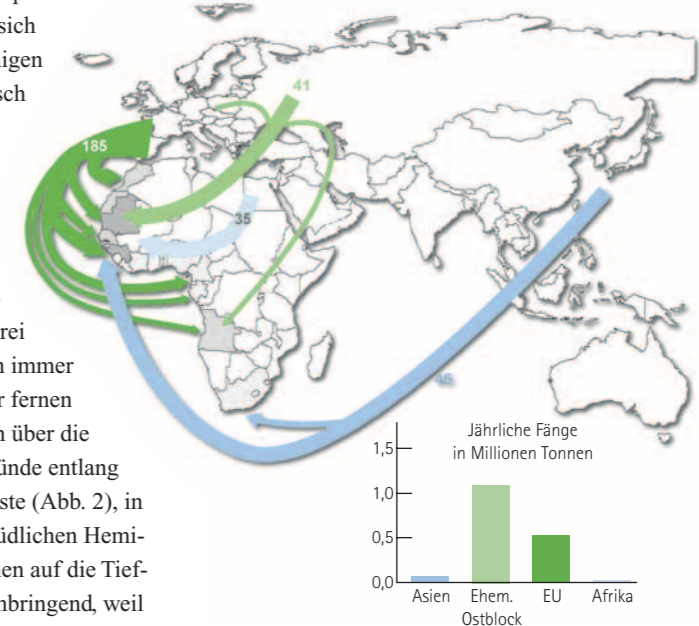


Abb. 2: Schematische Darstellung des Fischereidrucks von fremden Fangflotten auf die westafrikanischen Bestände in den 1990er Jahren. Die Breite der Pfeile ist proportional zur Anzahl der Abkommen zwischen Ländern West- und Osteuropas und Asien einerseits und den Ländern Westafrikas andererseits.

und sortiert erst an Bord aus. Das, was sich nicht vermarkten lässt – etwa zu kleine Fische und selbst geschützte Arten –, geht meist tot über Bord. Die Menge des Rückwurfs ist stark abhängig von der Art der Fischerei und der Region, in der gefischt wird. Aber sie kann sehr hoch sein: Bei der tropischen Garnelenfischerei etwa übersteigen Beifang und Rückwurf den eigentlichen Fang um das Zehnfache.



Nach jüngsten Berechnungen der Welternährungsorganisation FAO ist der Rückwurf von etwa 30 Millionen Tonnen pro Jahr (in den 1990er Jahren) auf rund sieben Millionen Tonnen pro Jahr zurückgegangen. Die gute Nachricht daran: Wir verschwenden weniger Fisch als vor ein oder zwei Jahrzehnten. Doch die gute Nachricht wird zu einer schlechten, wenn man dahinter den sinkenden Gesamtfang (= Anlandungen + Rückwurf), also auch

den 1990er Jahren. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass ein erheblicher Teil der Aquakulturproduktion, etwa die von Lachsen, Fischmehl verbraucht, sodass sie mehr wildgefangenes Fischeiweiß verbraucht, als sie erzeugt.

Die Schuldfrage

Nun könnte man für den traurigen Zustand der Fischbestände den Walen und anderen Meeressäugern die Schuld

besteht der größte Teil der Nahrung von Meeressäugern aus Arten (etwa Krill), die der Mensch üblicherweise gar nicht fängt. Und den Hauptteil fressen sie in Gegenden, in denen nicht gefischt wird. Man könnte folglich alle Meeressäuger der Welt umbringen und dennoch nicht mehr Fisch fangen. Dieses erstaunliche Ergebnis lässt sich verfeinern, indem man sich die Ernährungsweise der Meeressäuger ansieht. Im Allgemeinen „produzieren“ sie ihre Nahrung selbst, indem sie die Konkurrenten ihrer bevorzugten Beutetiere unterdrücken. So ist es durchaus denkbar, dass Wale die Fressfeinde kommerziell genutzter Arten dezimieren und uns mehr nutzen als schaden.

Warum aber sinken die Fänge? Die Antwort liegt auf der Hand: weil wir so viel fischen. Alte Fischerboote werden ständig durch neue, moderne ersetzt, die im Allgemeinen über eine deutlich höhere Fangkapazität verfügen. Die Effizienz der Boote steigt um knapp fünf Prozent im Jahr. Das heißt, dass wenn zum Beispiel die EU-Kommission zehn Jahre braucht, um eine Fischereiflotte um zehn Prozent zu reduzieren, indem sie für einige Boote Abwrackprämien anbietet, keine Reduktion des effektiven Fischereiaufwandes stattgefunden hat. Tatsächlich müsste man eine Flotte alle 15 Jahre halbieren, allein um die entsprechende Fischerei auf einem konstanten Level zu halten.



die sinkenden Fischbestände erkennt. Wenn in der Presse zu lesen ist, die „Fischproduktion“ steige, dann stimmt das so nicht: Was steigt, ist die Produktion der Aquakultur; die Menge des herkömmlich gefangenen Fisches sinkt dagegen seit

zuschieben, wie es Japan auf internationalen Konferenzen macht. In der Tat fressen unter anderem Wale, Robben und Delfine insgesamt drei- bis viermal mehr, als die Fischerei fängt. Doch grundsätzlich, so machen unsere Forschungen deutlich,

Abnahme der Biomasse

Setzt man Fangmengen und Aufwand zueinander ins Verhältnis, erkennt man, dass von den 1970er Jahren bis 2000 die Biomasse im Meer um etwa 80 Prozent gesunken ist. Und das gilt nicht nur für die großen Raubfische, die ehemals bevorzugten Speisefische, sondern für alle Arten. Auf dem Schelf Nordamerikas oder in der Nordsee lebten um 1900 mindestens zehn Tonnen großer Fische pro Quadratkilometer. Heute ist es eine Tonne oder weniger.

Was machen wir Menschen normalerweise, wenn wir ein Problem haben? Wir laufen davon. Die europäischen Fischer weichten etwa nach Afrika aus. Während die Menschen dort die Fische ihrer Meere nicht mehr kaufen können, gehen 90 Pro-

zent des Fangs nach Europa und Asien. Für die Zugangserlaubnis zu ihren Fischgründen erhalten die Länder so gut wie nichts. Der Clou dieser Abkommen: Sie beziehen sich nicht auf eine bestimmte Menge Fisch, also eine Fangquote, sondern gelten für eine festgelegte Anzahl von Booten für eine bestimmte Zeit. Die Größe der Schiffe wird bewusst nicht erwähnt, und so kommt es, dass beispielsweise vor Mauretanien die größten Trawler der Welt fischen. Das ist Betrug, der von der EU wissentlich betrieben wird. Und es ist das Gegenteil von Entwicklungshilfe. Es ist die Verleugnung aller Prinzipien, die lautstark verkündet werden.

Fishing down the food web

Um verständlich zu machen, was derzeit in unseren Meeren vor sich geht, seien hier einige Abläufe in diesem Ökosystem erklärt. Die Grundlage der biologischen Produktion der Ozeane sind kleine Algen, das Phytoplankton. Dieses wird von winzigen Organismen, dem Zooplankton, gefressen, welches wiederum als Nahrung für Fische dient, die der Mensch verzehren kann. Die Ebenen der Nahrungskette nennt man Trophieniveaus (Abb. 3).

Jeder Fisch ist auf ein bestimmtes Niveau festgelegt. Ein Hai etwa kann weder Zooplankton noch Kleinfische fressen, weil sein Mund dies nicht ermöglicht. Und nun kommt die Fischerei ins Spiel. Sie konzentriert sich am Anfang auf die großen Fische, die meist Raubfische sind und alt und groß werden. Es gibt zunächst nur relativ kleine Bestände mittelgroßer Fische, weil sie von den großen Prädatoren ja gefressen werden. Die industrielle Fischerei dezimiert nun zuerst die Anzahl großer Arten, woraufhin der Anteil mittelgroßer zunimmt. Auf diese konzentriert sich dann die Fischerei. Im nächsten Schritt sinkt der Anteil mittelgroßer Arten und die Anzahl der kleinen Fische steigt. Und wieder stellt sich die Fischerei darauf ein. So sind inzwischen

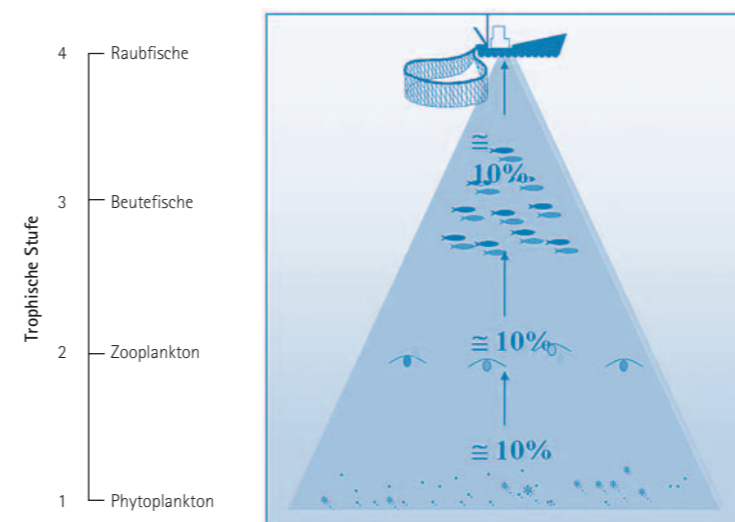


Abb. 3: Schematische Darstellung der pyramidenförmigen Nahrungskette der Meere, von Phytoplankton (Trophieniveau 1) bis zu größeren Fischen, die von Menschen bevorzugt werden (Trophieniveau ~ 4). Die Energieverluste zwischen Trophieniveaus betragen etwa 90 Prozent – dies ist der eigentliche Grund, weshalb größere Fische leicht überfischt werden.



kleine Arten wie Sardelle oder Hering sowie Weich- und Schalentiere wie Tintenfische, Garnelen oder Hummer die Hauptertragsquelle der Fischerei.

Diese Entwicklung der industriellen Ausbeutung der Ozeane, die das Trophie-niveau des Fischbestandes absenkt, nennt man „fishing down the food web“ – „die Nahrungskette runterfischen“ (vgl. Abb. 4). Das Fishing-Down ist inzwischen zu einem geflügelten Wort geworden und gilt der Convention of Biological Diversity (CBD) als ein Biodiversitäts-Index. Es bedeutet, dass immer kleinere und jüngere Fische gefangen werden, die zugleich wichtige Beutetiere für die höheren Glieder der Nahrungskette sind. Im Nordatlantik fischen wir heute hauptsächlich Arten, die für uns früher nichts als Köder waren. Große Arten leiden somit nicht nur unter

Überfischung, sondern zugleich unter der Verknappung ihrer Beute.

Zugleich zerstören wir die Lebewesen des Meeresgrundes durch Grundschnepnetze, sodass nur noch schlammige Meereswüsten übrigbleiben. Die Trawler mit ihren Fanggeräten sowie Stürme und Gezeiten wirbeln das Sediment immer wieder auf, das Wasser wird schlammig und trübe. Dadurch steigt der Nährstoffgehalt im Meer und somit die Primärproduktion. Zunehmend kommt es zu Algenblüten, in deren Folge Sauerstoffmangel auftritt, da die abgestorbene Biomasse nicht mehr von Bodentieren gefressen werden kann. Auf diese Weise entstehen riesige sauerstoffarme und -freie Gebiete wie in Teilen der Ostsee oder im Golf von Mexiko – weltweit insgesamt rund 200 sogenannte Todeszonen. Am Ende dieser

Entwicklung, die schon lange begonnen hat, stehen Meere, die von Quallen dominiert werden. Diese Quallen fressen Fischlarven und -eier und verhindern so eine Erholung des Ökosystems.

Subventionen senken den Ertrag

Diese ganze Entwicklung erklärt, weshalb die Fangmengen sinken. Doch wie kommt es, dass die Konsumenten, etwa in Europa, das nicht merken? Nun, im Allgemeinen, weil der Fisch aus dem Süden die Märkte des Nordens versorgt. Das gilt besonders für die USA, die EU und Japan. Wir müssen aus diesem Teufelskreis des gegenwärtigen Fischereimanagements herauskommen: Subventionen fördern den Bau von Booten, was zu sinkenden Fischbeständen führt und die Umwelt zerstört. Dann müssen die Fischer woanders fischen, und dafür erhalten sie wiederum Subventionen und so fort. Was nicht in den Kopf der Leute, etwa derer in der EU-Kommission, hineinwill, ist, dass eine Fischerei nicht durch Subventionen gerettet werden kann. In der Regel verringert die Fischerei laufend ihre Rendite, weil sie mit immer mehr Aufwand fischt, also ihre Kosten laufend erhöht. Und Subventionen, die es den Fischern ermöglichen, den Aufwand zu erhöhen, lassen den Ertrag schließlich weiter sinken.

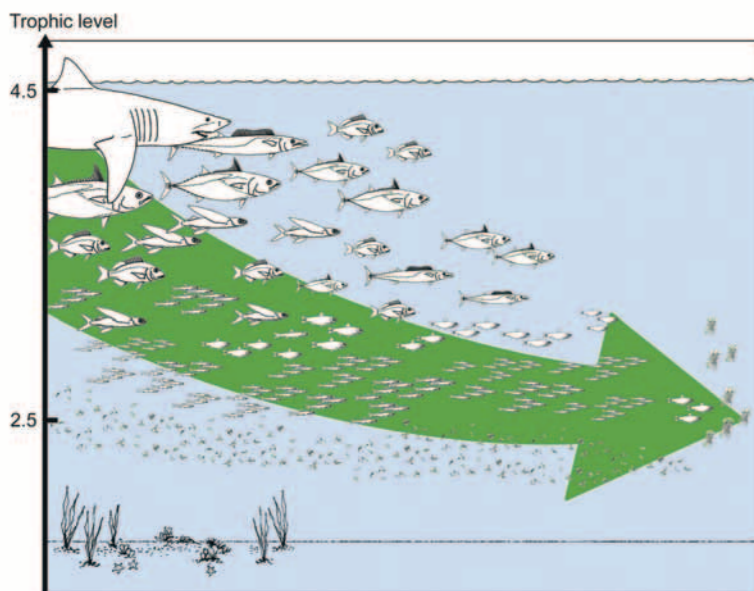


Abb. 4: Schematische Darstellung von „Fishing down marine food webs“: Zuerst fängt die Fischerei am oberen Ende der Nahrungskette, dann muss sie ihre Beute zunehmend abwärts in der Nahrungskette suchen. Dabei fängt sie auch die Nahrungstiere und Jungfische der großwüchsigen Arten, die sich daraufhin nicht erholen können. Schließlich endet die Fischerei beim Fang von Plankton, einschließlich der Quallen.

Meine Forschungsgruppe hat vor kurzem die Fischereisubventionen auf jährlich 34 Milliarden Dollar geschätzt – eine Zahl, die nun auch die WTO verwendet. Darunter sind hilfreiche („gute“) Subventionen, etwa die für Fischereiforschung und -management. Die meisten Subventionen (etwa in Form von verbilligten Krediten oder Treibstoff) tragen aber dazu bei, die Kapazitäten zu erhöhen, und sind deshalb „schlechte“ Subventionen. Zusätzlich unterscheiden wir eine dritte Kategorie: die „hässlichen“ Subventionen, bei denen man den Effekt auf die Kapazitäten zunächst nicht voraussagen kann (beispielsweise Abwrackprämien, die zum Kauf neuer Boote benutzt werden können) (Abb. 5).

Heilmittel Aquakultur?

Es gibt Stimmen, die sagen, die Aquakultur werde die abnehmenden Fischbestände ersetzen können. Die Fischzucht hat jährliche Zuwachsraten von etwa 20 Prozent, die zu zwei Dritteln in China erreicht werden – und zwar hauptsächlich mit Süßwasserfisch. Andere Länder und andere Produktionszweige fallen nur wenig ins Gewicht. Da aber selbst Karpfen zunehmend mit anderen Fischen oder Fischmehl ernährt werden, tritt die Aquakultur in Konkurrenz zum direkten menschlichen Verzehr, wie bereits oben erwähnt. Die Hälfte der weltweiten Fischmehlproduktion geht bereits in die Aquakultur, die andere Hälfte in die Schweine- und Geflügelproduktion – ein Riesenerfolg für den menschlichen Verzehr. Mit Sardellen zum Beispiel, die in großen Mengen vor der

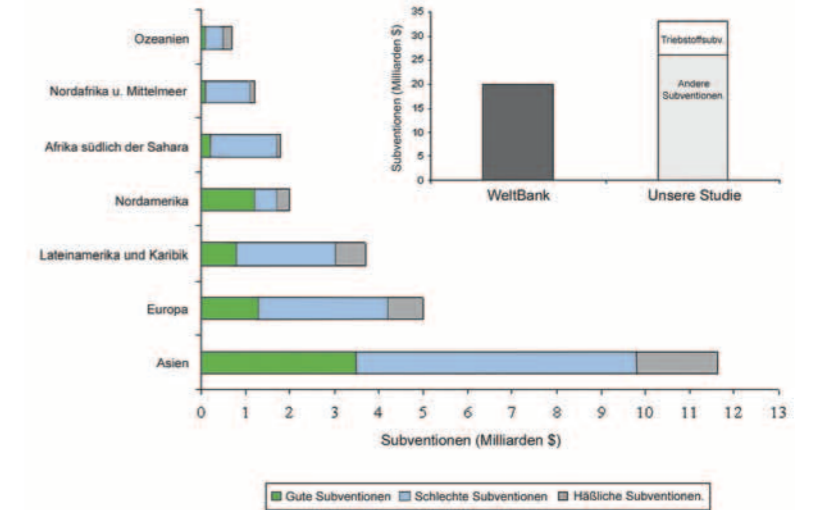


Abb. 5: Die globalen Subventionen für die Meeresfischerei. A: der früher angenommene Beitrag und neuere Schätzwert; B: Fischereisubventionen (ausgenommen Treibstoff) nach Regionen der Welt und Typ aufgegliedert.

Küste Perus gefangen werden, füttert man Lachse oder Brassen, anstatt sie direkt zu essen.

Schutzgebiete

Wir können verhindern, dass sich die Situation verschlimmert. Eine wichtige Maßnahme sind Schutzgebiete mit fischereifreien Zonen, in denen sich die erschöpften Bestände erholen können. Die ersten gab es 1900. Seitdem ist ihre Zahl um etwa fünf Prozent pro Jahr gestiegen, doch zusammen schützen sie gegenwärtig nur 0,7 Prozent (!) der Ozeanfläche. Und effektiv kontrolliert werden gerade einmal 0,1 Prozent. Erstaunlicherweise sind meistens die Leute gegen die Ausweisung von Schutzgebieten, die eigentlich von ihnen profitieren, etwa Angler oder die Fischereiiindustrie. Im Ergebnis wächst die Ozeanfläche sehr langsam, die durch Meeresreservate geschützt wird (etwa um vier bis fünf Prozent pro Jahr). So werden

bis 2060 lediglich zehn Prozent der Ozeane unter Schutz gestellt sein. Das entspricht nicht den Zielen des World Parks Congress, der beschlossen hat, 20 Prozent bis 2012 zu erreichen.

Wir sollten uns nichts vormachen. Die natürlichen Ressourcen dürfen den Gesetzen des Marktes nicht ausgesetzt werden. Wir setzen auch Pandas, Löwen und Elefanten nicht den Gesetzen des Marktes aus – Schutz ist unabhängig vom Markt.

Und als Letztes: Wir müssen verhindern, dass die Großfischerei mit der Kleinfischerei konkurriert. Die Kleinfischerei benötigt deutlich weniger Kapital, verarbeitet kaum Fisch zu Fischmehl, verbraucht wenig Öl und beschäftigt erheblich mehr Menschen als die industrielle Fischerei. Und sie produziert keinen Rückwurf. Das ist die Art Fischerei, die politisch gefördert werden muss.

Die strategische Ausrichtung der EU-Fischereipolitik

Reinhard Priebe, Direktor der Generaldirektion Fischerei/Maritime Angelegenheiten der EU-Kommission

Reinhard Priebe

Reinhard Priebe, geboren 1949 in Lübeck, war nach seinem Studium der Rechtswissenschaften als Richter am Verwaltungsgericht in Stuttgart und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am deutschen Bundesverfassungsgericht tätig. Seit 1984 arbeitet Priebe für die Europäische Kommission, bis zum Jahr 2001 in der Generaldirektion Landwirtschaft. Als Direktor des EU-Außenkommissariats war er von 2001 bis 2006 für den Westbalkan zuständig. Seit 2006 ist Priebe als Direktor der Generaldirektion Fischerei und Maritime Angelegenheiten der EU für die Erhaltung der Fischereibestände verantwortlich.



Die Europäische Gemeinschaft hat im Jahr 2002 mit der Reform der Fischereipolitik die Weichen in Richtung Bestandserhaltung gestellt. Dass sich die Fischbestände trotzdem nicht wesentlich erholt haben, liegt am mangelnden politischen Willen zu einschneidenden Beschlüssen. Um den Zustand der Meere spürbar zu verbessern, muss die EU ihre Ziele längerfristig anlegen und entschlossener verfolgen. Bestehende Entscheidungsstrukturen stehen dem oft im Wege.



Deutschland zählt innerhalb der EU zu den kleineren Fischereinationen. Es liegt, was Fänge, Flotte und auch den Pro-Kopf-Verbrauch angeht, auf den hinteren Plätzen. Und dennoch ist in den letzten Monaten auch hierzulande das Thema Fischerei in die Schlagzeilen geraten. Die Krisen beim Kabeljau in der Nordsee und beim atlantischen Thunfisch oder die Überfischung des Ostseedorsch sind nur die aktuellsten Beispiele. Sie reflektieren krasse Fehlentwicklungen der Fischerei innerhalb und außerhalb Europas. Die Kritik richtet sich dabei nicht zuletzt gegen Brüssel. Erst kürzlich berichtete die Financial Times über eine aktuelle Studie zum Thema unter dem bezeichnenden Titel „EU hat die schlechteste Fischereipolitik der Welt“.

Hier stellt sich die naheliegende Frage: Warum gibt es überhaupt eine gemeinsame Fischereipolitik? Die Antwort liegt auf der Hand: Meeresressourcen sind nicht ortsgebunden und scheren sich nicht um Landesgrenzen, Hoheitsgewässer und ausschließliche Wirtschaftszonen. Fisch ist eine gemeinsame Ressource, und deshalb ist unbestritten, dass die diesbezügliche Politik gemeinschaftlich gestaltet werden muss.

Parallelen zur Agrarpolitik

Bisweilen wird die gemeinsame Fischereipolitik als die „kleine Schwester“ der gemeinsamen Agrarpolitik bezeichnet. Bei allen Unterschieden: In beiden Bereichen wurden ähnliche Erfahrungen gemacht. Etwa, dass anstehende Reformen nur in mehreren Schritten durchsetzbar sind. Und auch, dass jährliche Rendezvous des Ministerrates – wie heute

noch die Dezemberräte zur Festsetzung der Fangquoten – unproduktiv sind. Nicht zuletzt lehrte die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, dass sich nachhaltige Umwälzungen langfristig auszahlen. Und auch, dass sie von den betroffenen Wirtschaftskreisen nach anfänglichem Widerstand akzeptiert werden, sofern sie Perspektiven aufzeigen und den Akteuren mehr wirtschaftliche Sicherheit geben. Blickt man auf die gemeinsame Fischereipolitik der 1980er und 1990er Jahre, so konzentrierte sich diese vor allem auf die Erneuerung der Produktionsmittel und verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen der Fischer. Damit verfehlte sie schon im Anfang das Ziel der Bestandserhaltung, und bald wurde klar, dass ein umfassenderes Vorgehen notwendig war, um der Fischerei eine Zukunft zu ermöglichen. Erste Reformversuche im Jahr 1992 blieben jedoch in Ansätzen stecken. Die Mit-

gliedsstaaten waren weder bereit, zusätzlich zu den Fangmengen auch die Fangtage zu begrenzen, noch wollten sie auf Flottenzuschüsse verzichten. Vor allem wegen dieser fortdauernden Beihilfenpolitik konnten Maßnahmen nicht richtig greifen, welche die Fischerei begrenzen sollten.

Die Fischerei-Reform von 2002

Im Jahr 2002 hat die EU dann die bislang anspruchsvollste Reform ihrer Fischereipolitik unternommen und diese damit auf eine neue Basis gestellt. Die fünf wichtigsten Zielsetzungen waren damals:

1. Ein langfristiger Ansatz für die Bestandsbewirtschaftung:

Statt jährlich neuer Verhandlungen legen mehrjährige Bewirtschaftungs- und Wiederauffüllungspläne die Fischereimöglichkeiten mit Blick auf ein langfristiges Ziel fest.

2. Eine neue Politik im Hinblick auf die Fischereiflotten:

Die Überkapazitäten führen zur Überfischung der Ressourcen und sollen deshalb abgebaut werden. Die öffentlichen Zuschüsse für den Bau neuer Fangschiffe werden abgeschafft, und die primäre Verantwortung für die Anpassung der Kapazitäten an die Fischereimöglichkeiten liegt jetzt bei den Mitgliedsstaaten.

3. Eine bessere Anwendung der Vorschriften:

Die Vielfalt nationaler Kontrollsysteme und Sanktionen bei Verstößen steht einer effektiven Durchsetzung der gemeinsamen Fischereipolitik im Weg. Deshalb soll die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert werden. Die Maßnahmen werden gleichzeitig einheitlicher.



4. Eine stärkere Einbeziehung der Akteure:

Insbesondere den Fischern wird bei der Ausarbeitung der Politik eine gewichtige Rolle beigemessen, um deren Bereitschaft, die Regeln einzuhalten, und die Legitimität der Politik zu erhöhen.

5. Die Anwendung des Ökosystemansatzes:

Die gemeinsame Fischereipolitik soll mit den Zielsetzungen der Umweltpolitik besser in Einklang gebracht werden. Oberstes

Ziel ist es, eine nachhaltige Bewirtschaftung lebender aquatischer Ressourcen sicherzustellen, wobei umweltwirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Die Frage stellt sich, warum sich die meisten der kommerziell wichtigen Bestände nach wie vor nicht nachhaltig erholt haben, wenn doch die EU mit der

Reform von 2002 die richtige Richtung eingeschlagen hat. Hierfür gibt es im Wesentlichen drei Gründe.

Mangelnder politischer Wille

Erstens: Solange es am Willen mangelt, die Erhaltung der Fischbestände hoch auf die politische Prioritätenliste zu setzen, wird es bei dem jährlichen Herumbasteln mit halbherzigen Ergebnissen bleiben. Mit der Folge, dass trotz einiger punktueller Fortschritte weiterhin zu viele Fische aus dem Meer entnommen werden und zu



wenig erwachsene Tiere übrigbleiben, um die Reproduktion und Wiederauffüllung der Bestände zu sichern. Zyniker könnten auch sagen, es muss erst eine Katastrophe eintreten, bis sich etwas bewegen wird.

chen Mitgliedsstaaten Fischereiregelungen missachtet werden, ist schlichtweg ein Skandal. Und es handelt sich dabei nicht nur um einige wenige Länder. Wo Kontrolle schwierig ist und nicht flächende-

gesagt, fragwürdig. In einer Gemeinschaft mit 27 Mitgliedsstaaten ist es ineffizient, jede einzelne Quote und viele andere technische Details auf höchster Ebene mit jährlichem Verfallsdatum und entspre-



Mangelnde Umsetzung

Der zweite Grund ist die mangelnde Umsetzung. Allen ist klar, dass nicht jedes einzelne Fangschiff ständig überwacht werden kann. Das würde astronomische Summen verschlingen und in keinem Verhältnis zur Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges stehen. Doch zu viel liegt heute noch im Argen, sowohl in den Gemeinschaftsgewässern als auch außerhalb. Oft wollen oder können die Mitgliedsstaaten ihre durch die EU festgelegten Pflichten zur Umsetzung und Kontrolle nicht erfüllen. Und die Kommission ihrerseits unternimmt mangels Ressourcen nicht genug, um Vertragsverletzungsverfahren zügig durchzuführen. In welchem Maße in man-

ckend greifen kann, müssen deshalb drastische Sanktionen im Falle von Verstößen her. Die Norweger gehen hier mit gutem Beispiel voran.

Überholtes Politikmanagement

Der dritte Kritikpunkt gilt dem überholten Politikmanagement. Die Fischereipolitik muss sich von einer Politik für einen kleinen Wirtschaftssektor fortentwickeln zu einer Politik, die den weiteren Zusammenhang stärker in den Blick nimmt. Sie muss auch ihre eigenen Instrumente besser untereinander abstimmen, etwa Fangbeschränkungen und den Abbau von Flottenkapazitäten. Viele Entscheidungsverfahren auf europäischer Ebene sind außerdem, gelinde

chender herbstlicher Hektik entscheiden zu lassen. Es gilt, mehr langfristige Instrumente einzuführen und Durchführungsbeschlüsse entweder der Kommission oder den Mitgliedsstaaten zu übertragen.

Eine kürzlich von der Kommission in Auftrag gegebene Studie zur gemeinsamen Fischereipolitik schätzt, dass die Überfischungsrate in der EU mit 81 Prozent weit über dem Weltdurchschnitt von 21 Prozent liegt. Sie weist auf spezifische Schwierigkeiten innerhalb der EU hin, etwa das schwerfällige Entscheidungsverfahren oder die mangelnde Klarheit in der Ziel- und Prioritätensetzung. Den Kern vieler Probleme sehen die Autoren der Studie übrigens in der sogenannten relativen

Stabilität. Sicherlich, solange die EU mit Begrenzungen von Fangmengen arbeitet, müssen die Kontingente unter den Mitgliedsstaaten aufgeteilt werden. Dass aber Verteilungsschlüssel von 1982 auf immer und ewig unantastbar bleiben sollen, gleichgültig wie sich Fänge, Flotten und Märkte entwickeln, erscheint wirtschaftlich hochunvernünftig und schränkt politische Spielräume für Reformen stark ein.

Nächste Schritte

Nun denkt die Kommission nicht nur über künftige Reformen der Fischereipolitik nach. Kurzfristig gilt es, Vorschriften zur Kontrolle und Durchsetzung der Politik neu zu ordnen. Mangelnde Kontrollen sind ein Kernproblem, denn eine Politik greift nicht, wenn sie nicht wirksam umgesetzt wird. Mit der Gründung einer Kontrollagentur im spanischen Vigo und vor allem mit einem Umdenken bei den Mitgliedsstaaten – denn sie sind es letztlich, die kontrollieren müssen – gibt es erste Anzeichen, dass die nötigen Veränderungen auch greifen werden.

Ein zweites wichtiges Anliegen ist es, eine neue Politik zu den Rückwürfen schrittweise umzusetzen. Hier hat die Kommission im März 2007 einen neuen Ansatz vorgestellt: weg vom Mikromanagement mit einem Dickicht an technischen Detailvorschriften, hin zu einem ergebnisorientierten Ansatz. Beifänge sollen stufenweise abgebaut werden, für das Wie müssen die Betroffenen selbst Lösungen suchen.

Zusammenfassend lassen sich die wichtigsten Richtungsvorgaben für eine nachhaltigere EU-Fischereipolitik auf vier Punkte verdichten:

1. Die Gemeinschaft muss weg vom alljährlichen Feilschen um ein paar Tonnen Fisch. Sie braucht einen mehrjährigen Ansatz für die Politikinstrumente.
2. Auf den Weg gebrachte Initiativen zur langfristigen Neuorientierung der Fischereipolitik (höchstmöglicher Dauerertrag, schrittweise Eliminierung der Rückwürfe, Ökosystemansatz) müssen jetzt zügig umgesetzt werden.

3. Verbesserte und verstärkte Kontrollen sind unerlässlich, werden aber allein nicht ausreichen, wenn die Betroffenen selbst nicht davon überzeugt sind, dass Vorschriften eingehalten werden müssen. Mehr partizipatives Management könnte hier zu einem Umdenken führen.
4. Die Instrumente der gemeinsamen Fischereipolitik müssen besser untereinander abgestimmt und in den breiteren Kontext der allgemeinen Gemeinschaftspolitiken wie Umwelt- und Regionalpolitik gestellt werden.



Politische Initiativen zum Schutz der Fischbestände

Ein Gespräch mit Dr. Christian von Boetticher, Umweltminister in Schleswig-Holstein

Dr. Christian von Boetticher

Christian von Boetticher, Jahrgang 1970, ist Reserveoffizier, promovierter Jurist und seit 2005 Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein. Zuvor war er Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Pinneberg, dort von 2003 bis 2005 Kreisvorsitzender, seither wieder stellvertretender Kreisvorsitzender und von 1998 bis 1999 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. Zwischen 1999 und 2004 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 2006 ist von Boetticher Mitglied im Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP).



Anders als die internationale, industriemäßig betriebene Hochseefischerei wirtschaften die meist kleineren deutschen Betriebe bereits recht nachhaltig, meint Dr. Christian von Boetticher, Umweltminister in Schleswig-Holstein. Deshalb sollten sie auch anders unterstützt werden. Um die Meeresressourcen zu sichern, braucht es seiner Meinung nach maßgeschneiderte Ansätze, starke Maßnahmen gegen die illegale Fischerei und vor allem einen wirkungsvollen Klimaschutz.



Dr. Johannes Merck, Michael Otto Stiftung: Herr von Boetticher, dem Dorsch ist es letztendlich egal, unter welcher Quote er gefangen wird. Aber ich habe aus der Presse wahrgenommen, dass Sie mit den letzten EU-Beschlüssen diesbezüglich nicht so glücklich waren.

Dr. Christian von Boetticher: Ja, das kann man in der Tat so sagen. Wir haben eine sicherlich einmalige Situation auf einem internationalen Forum in Kopenhagen erlebt. Am Ende der Veranstaltung stand der Vertreter der polnischen Fischereiwirtschaft auf und sagte, er wisse gar nicht, warum wir immer diese Quoten vereinbarten. Die seien sowieso zu niedrig, und sie würden deutlich mehr fischen müssen, damit ihre Betriebe überlebten. Nun hätte man erwarten dürfen, dass – abgesehen von einem Vertragsverlet-

zungsverfahren – Polen klar gemäßregelt würde. Doch der Rat kürzte die Quote in der westlichen Ostsee, also bei uns, um 28 und in der östlichen Ostsee, wo Polen hauptsächlich fischt, um nur fünf Prozent. Das versteht natürlich kein Fischer mehr, wenn dort, wo die Übertretung der Quote die Ausnahme ist, am Ende die Leidtragenden sitzen.

Dr. Merck: Sie sind gemeinsam mit ihren norddeutschen Amtskollegen jetzt auch in Brüssel tätig geworden und haben unter anderem eine rechtlich verbindliche Meeresschutzstrategie gefordert. Wäre das ein Instrument, um solche Missstände zu verhindern?

Dr. von Boetticher: Die Meeresschutzstrategie ist ein Instrument, aber nicht das alleinige. An der

wirksamen Kontrolle der Quoten geht kein Weg vorbei. Trotzdem ist die Richtlinie für uns enorm wichtig, weil wir zum ersten Mal die Chance haben, europaweit verbindliche, überprüfbare Ziele zu vereinbaren. Wir kennen das aus Brüssel sehr häufig, dass es immer nur „shall“ heißt anstatt „must“. Daran krankt vieles.

Dr. Merck: Das heißt, die Einhaltung der Quoten müssten dann in der Tat die Exekutivorgane der betroffenen Länder durchsetzen? So müsste die polnische Exekutive mit ihren Polizeischiffen regelmäßig patrouillieren, um die illegale Fischerei einzustellen?

Dr. von Boetticher: So ist das bei uns auch, ja. Die Instrumente sind vorhanden; es besteht ein Vollzugsdefizit.

Dr. Merck: Nun sind die Bestände stark unter Druck, weil praktisch jeder Quadratkilometer befischt wird. Wäre es nicht sinnvoll, wenigstens in bestehenden Schutzgebieten die Fischerei einzustellen?

Dr. von Boetticher: Man muss hier immer die Zielrichtung definieren. Die sogenannten Schutzgebiete des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantiks (OSPAR) zum Beispiel dienen ganz konkreten Zielen im Meeresschutz. Mit den Natura-2000-Schutzgebieten dagegen schützen wir bestimmte Arten. Das kann auch zu Schließungen der Fischerei führen, wenn dies notwendig ist. Aber eine pauschale Antwort verbietet sich hier eigentlich, weil wir gerade diese artenspezifische Betrachtung der einzelnen Gebiete vornehmen. Insofern kann ich das fachliche Ergebnis an der Stelle natürlich nicht vorwegnehmen.

Ein sehr gutes Instrument wäre meiner Meinung nach aber die sogenannte Echtzeitschließung von Gebieten, in denen die Wissenschaft beispielsweise Laichplätze und Jungfischauftreten bestimmter Arten festgestellt hat. Diese sind örtlich flexibel und zeitlich begrenzt. Die Debatte über diese Maßnahme ist leider versandet, weil den Wissenschaftlern noch Grundlagen fehlen. Hier könnten EU-Forschungsgelder helfen.

Doch all diese Probleme würden in den Hintergrund treten, wenn wir nicht das hohe Maß an illegaler Fischerei hätten. Wir hätten dann ganz andere Bestandszahlen.

Dr. Merck: Wenn man die Bestandsentwicklung ansieht, müssten wir eigentlich alle 15 Jahre unsere Flotten halbieren, um die Meeresressourcen zu sichern. Umso befremdlicher mutet es an, wenn Sie einerseits weniger Befischungsdruk und andererseits mehr Subventionen für die Fischereiflotte in Schleswig-Holstein fordern. Wie erklären Sie das?

Dr. von Boetticher: Wenn alle Länder eine Fischereiflotte wie wir in Schleswig-Holstein hätten, mit Familienbetrieben und kleinen Schiffen, dann hätten wir wahrscheinlich weltweit keine Überfischungsprobleme. Wir sind sowohl an der Nordsee als auch an der Ostsee relativ nahe dran an einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft. Wir erleben es aber gerade an der Nordsee immer wieder, dass Fangkapazitäten wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten kleiner Betriebe von kapitalkräftigen Unternehmen übernommen werden. Das kann niemand wollen. Und deshalb muss die EU auch ein Interesse daran



haben, diese kleinen Betriebe zu unterstützen – zum Beispiel beim Erneuern ihrer Schiffe.

Dr. Merck: Die Aquakultur erscheint ja vielen als ein Hoffnungsschimmer am Horizont. Aber ist sie wirklich nachhaltig?

Dr. von Boetticher: Die Aquakultur ist sicherlich im Kommen, aber ich glaube nicht, dass sie ein Allheilmittel ist. Wir haben in Schleswig-Holstein in jüngster Zeit eine Stiftungsprofessur zum Thema eingerichtet, die klären soll, wie Aquakultur nachhaltig betrieben werden kann. Zudem wird in Büsum eine Aquakultur-Pilotanlage zu Forschungszwecken errichtet.

Eutrophierung ist in diesem Zusammenhang sicher ein wichtiges Thema. Generell sollte sie in den Überlegungen zur Ostsee wesentlich stärker im Vorder-

grund stehen. Denn stärker als die Fischerei bedrohen dort Eutrophierung und Klimawandel die Bestände.

Holger Wesemüller, Europarc Deutschland: Wir haben im Nationalpark Schwierigkeiten mit invasiven Arten, wie der pazifischen Auster, die durch die Aquakultur eingeschleppt wurde. Wie wollen Sie dieses Problem angehen?

Dr. von Boetticher: Ich befürchte, wir werden dem Problem durch den zu erwartenden Temperaturanstieg im Meer ohnehin in Zukunft mehr Augenmerk widmen müssen. Wir sind gerade dabei zu schauen, was eigentlich an Einwanderung von Arten auf uns zukommt, wenn sich die Meerestemperatur erhöht, und wie wir uns heute schon darauf einstellen können. Das wird eines der ganz wichtigen Themen der nächsten Jahre werden.

Iris Menn, Greenpeace: Ich möchte zwei Punkte ansprechen. Einmal zum Thema illegale Fischerei: Wenn sie behoben ist, sind unsere Probleme deswegen nicht gelöst. Wir haben dann immer noch eine Flottenüberkapazität und Überfischung.

Der zweite Punkt: Wir wissen, dass die Fischerei auf das gesamte Ökosystem einwirkt. Deshalb fordert der Ökosystemansatz, das Ganze anzuschauen und nicht nur einzelne Arten herauszupicken – und genau das können Schutzgebiete leisten. Wenn wir solche Gebiete etablieren, die frei von menschlicher Nutzung sind, haben wir tatsächlich die Chance, dass sich das gesamte Ökosystem erholt und deutlich besser mit den Auswirkungen des Klimawandels zurechtkommt.

Dr. von Boetticher: Ich spreche nicht dagegen, dass wir europaweit noch Fangkapazitäten abbauen müssen, obwohl gerade Schleswig-Holstein in der Vergangenheit erhebliche Vorleistungen erbracht hat. Allerdings plädiere ich für eine sehr differenzierte Betrachtung – auch der einzelnen Ökosysteme. Insofern bin ich gegen pauschale Lösungen; sie klingen gut und einfach, sind aber am Ende nicht immer zielführend. Darum teile ich den Ansatz der Kommission, die jetzt dazu übergeht, Europa in der Fischereifrage nicht über einen Kamm zu scheren. Nicht eine Lösung anzubieten, sondern Fanggebiete und verschiedene Ökosysteme einzeln zu betrachten.



Alfred Schumm, WWF: Herr Dr. Boetticher, es geht nicht um eine einheitliche Lösung, es geht um einheitliche Methoden und einen einheitlichen Rahmen. Und auch Große waren mal klein. Was halten Sie davon, Subventionen an klare Kriterien, zum Beispiel in Form einer MSC-Zertifizierung, zu binden? Das wäre eine einfache, aber nicht pauschale Lösung.

Dr. von Boetticher: Dass man gemeinsam Standards ausarbeitet und nur denen Geld gibt, die sich daran halten, kennt man unter dem Namen „Cross Compliance“ aus der Landwirtschaft. Es ist kein schlechtes Instrument. Vielleicht muss man auch die Subventionen, die insgesamt bezahlt werden in der Fischereiwirtschaft, einmal davon abhängig machen, ob sich sozusagen alle legal verhalten – das ist noch ein bisschen was anderes. Sie haben ganz konkret vom MSC-Standard gesprochen. Man ist in Berlin dabei, sich auf gemeinsame Standards zu einigen, was in der Praxis sicherlich nicht einfach ist. Aber vom Ansatz her kann ich mich durchaus dafür erwärmen.

Rocco Buchta, NABU: Es gibt Arten, die sind auf Meeresbereiche und auf Flüsse angewiesen. Dazu zählt zum Beispiel der europäische Aal. Sie kennen die Krise des Aals, er kommt größtenteils gar nicht mehr hier an. Und wenn er da ist, kommt er nicht mehr in die Flüsse. Was tun Sie in Schleswig-Holstein konkret, um den „Masterplan Aal“ der EU umzusetzen?

Dr. von Boetticher: Wir bezahlen beispielsweise die Hege des Aals aus der Fischereiabgabe. Dazu kommt die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, und es wird mit anderen Bundesländern gemeinsam an einem Aalbewirtschaftungsprogramm gearbeitet, da sind wir relativ fortschrittlich. Das Problem des Aals ist aber ein sehr vielschichtiges, auch die Wissenschaft ist da noch nicht sehr weit. Wir wissen allerdings, dass der Glasaal auf dem Weg von der Sargassosee – südlich der Bermudainseln – abgefangen und häufig nach China verkauft wird. Wenn wir



das Problem in den Griff bekommen wollen, müssen wir auch etwas gegen die Exporte nach China unternehmen, wie es ja die EU in ihrer Aal-Verordnung aus dem letzten Jahr vorgesehen hat.

Rainer Schulz, Schutzstation Wattenmeer: Im Augenblick wird ja gerade der Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer zum Weltnaturer-

be erklärt. Welches Erbe aber geben wir wirklich an unsere nächsten Generationen weiter? Haben empfindliche Arten eine Zukunft, oder werden wir weiterhin in jedem Wattstrom fischen?

Dr. von Boetticher: Das ist eine schwierige Prognose für die lange Zeit. Mit der Anmeldung als Weltnaturerbe sind keine neuen Standards verbunden. Die UNESCO verlangt nicht mehr, als wir im Augenblick schon durch das Nationalparkgesetz garantieren. Ich sage Ihnen aber auch, dass langfristig der Anstieg des

Meeresspiegels für das Wattenmeer die größte Bedrohung ist. Die 50 Zentimeter, die jetzt im Augenblick durch den Weltklimarat (IPCC) vorausgesagt werden, kann das Wattenmeer noch überstehen. Wenn es aber mehr wird, dann nützen uns sämtliche Schutzstatus nichts. Und darum ist Klimaschutz gleich Wattenmeerschut. Das muss der eine oder andere bei uns noch begreifen.

Nachhaltige Fischerei



Wenngleich der Zustand der Fischbestände alarmierend ist – eine Rettung der marinen Ökosystemen ist möglich. Werden die Ozeane in naher Zukunft konsequent geschützt, lassen sich biologische Vielfalt und Produktivität in vielen Fällen wieder herstellen. Dazu braucht es weitere mutige Schritte hin zu einer konsequenten weltweiten Fischereipolitik, die Überfischung, illegale Fischerei, Wasserverschmutzung und die Zerstörung mariner Lebensräume unterbindet. Wichtige Partner für eine nachhaltige Fischerei sind Anbieter und Verbraucher von Fischprodukten.



Vision für eine zukunftsfähige Fischerei

Karoline Schacht, Fischereiexpertin, WWF Deutschland

Karoline Schacht

Karoline Schacht, geboren 1971 fern vom Meer, war nach dem Studium der Meeresbiologie an der Universität Bremen zunächst freie Mitarbeiterin beim WWF im Bereich Meeresschutz/Chemikalienpolitik. Von 2001 bis 2003 war sie Projektleiterin bei der Umweltschutzorganisation „Aktionskonferenz Nordsee“ in Bremen und anschließend drei Jahre freie Wissenschaftsjournalistin mit den Schwerpunkten „marin und maritim“. Seit Ende 2006 ist sie beim WWF für die EU-Fischereipolitik zuständig.



Dass unsere Gewässer nicht unerschöpflich sind, ist schon lange bekannt. Die Folgen der Überfischung jedoch zeigen sich erst heute in ihrem ganzen Ausmaß. Sollen die Meeresressourcen für kommende Generationen gesichert werden, muss die gemeinsame Fischereipolitik Europas jetzt umsteuern. Dabei gilt es vor allem, langfristiger zu denken als bisher.

Um sich ein Bild von der Lage der Fischerei heute zu verschaffen und zu verstehen, wie es so weit kommen konnte, braucht es einen Rückblick in das späte 14. Jahrhundert. Bereits damals beschwerten sich englische Fischer bei ihrem König, dass einige Berufskollegen Fanggeräte mit so engen Maschen benutzten, dass kein noch so kleiner Fisch je wieder herausfände. Das Gerät fahre dabei „so schwer und hart über den Boden, dass es sowohl die Blumen des Meeresbodens als auch den Laich von Austern, Muscheln und Fischen“ zerstöre.

Das Problem kommt uns bekannt vor. Das Fischen mit Grundschleppnetzen ist derzeit die größte Bedrohung für die Lebensvielfalt in der Tiefsee. Die Netze laufen auf riesigen flexiblen Gummireifen, die das Fischen auf praktisch jedem Untergrund bis in Tiefen von 2.000 Metern erlauben. Diese weitverbreitete Technik zerstört alles, was im Wege steht.

So wurden in den Riffen des Nordostatlantik bis zu vier Kilometer lange Narben entdeckt. Und in stark befischten Gebieten haben Korallen inzwischen einer blanken Oberfläche Platz gemacht. Sie wurden praktisch pulverisiert.



Wenn also vor 640 Jahren schon die Empfindlichkeit des Ökosystems erkannt wurde, wie konnte sich überhaupt eine Haltung von „Das Meer ist unerschöpflich“ entwickeln und bis heute hartnäckig behaupten? Wie konnte es dazu kommen,

dass wir innerhalb eines Menschenlebens die Biomasse großer Fischarten wie Thunfisch, Kabeljau oder Heilbutt um 90 Prozent reduzierten? Warum gab es kein staatliches Eingreifen?

Startschuss zum Wettfischen

Um die letzte Frage gleich zu beantworten: Dieses staatliche Eingreifen hat es gegeben, allerdings nicht mit den von den kleinen Fischern erhofften Resultaten. Im Jahr 1883 kam eine königliche Untersuchungskommission in England zu dem Schluss, dass ein Überfischen von Gewässern im Grunde nicht zu befürchten sei. Zu unwahrscheinlich schien es, dass Menschen einem Fischbestand schaden könnten, der sich im praktisch grenzenlosen Ozean bewegt. Die Kommission forderte damals, eine uneingeschränkte Fischerei zu genehmigen. Das große Wettfischen war eröffnet.

Seither sind die Erträge mit den technischen Neuerungen angestiegen und liegen heute bei rund 90 Millionen Tonnen pro Jahr. Darin sind weder Aquakulturen noch Beifänge oder die Erträge der illegalen Fischerei enthalten. Erst als größere Mannschaften, höherer Treibstoffbedarf, teureres Gerät und weniger Fisch die Erträge schrumpfen ließen, mehrten sich wieder die kritischen Stimmen. Meist waren es Wissenschaftler, die erstmals einen vernünftigen Umgang mit der Ressource Fisch forderten.

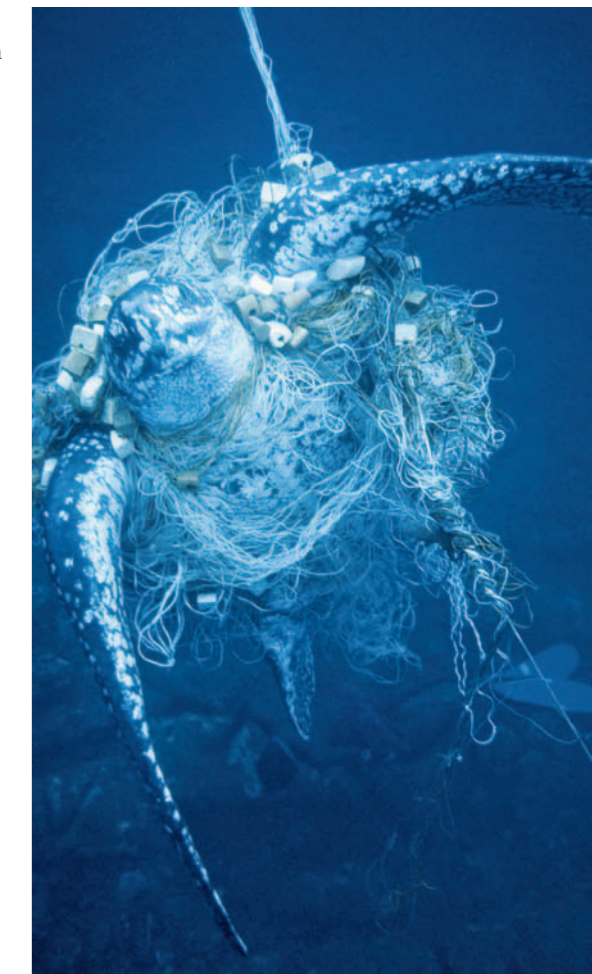
Was läuft schief?

In Europa wird die Fischerei seit 1983 zentral von Brüssel aus gesteuert. Das bedeutet zunächst, dass Entscheidungen weit weg von den Betroffenen gefällt werden. Und oft passen die kurzen Zeiträume, in denen die Politik denkt, nicht mit den langfristigen natürlichen Abläufen in den Meeren zusammen. So braucht ein Seewolf oder ein Thunfisch bereits länger, um geschlechtsreif zu werden, als die meisten Minister im Amt bleiben.

Seit der letzten Reform im Jahre 2002 steht aus Sicht des WWF eine Menge Ambitioniertes auf dem Papier. In der Praxis jedoch erscheint die Politik oft als ein lose gestricktes Hemd mit Löchern an sehr empfindlichen Stellen. Ein Beleg hierfür sind die immer noch überhöhten Fangquoten. Sie werden, ausgehend von wissenschaftlichen Empfehlungen, in einem politischen Verfahren festgelegt, das von einem „Wenn ich dir, dann du mir“ geprägt ist. Die Bundesforschungsanstalt für Fischerei hat ermittelt, dass sich die Quoten der letzten 20 Jahre im Schnitt um 30 Prozent über den Empfehlungen der ICES (International Council for the Exploration of the Sea) bewegt haben. Man kann also durchaus sagen, dass sie direkt zur Überfischung beitragen.

Verschwendung ist Alltag

Ein weiterer unhaltbarer Zustand: Bei den Quoten handelt es sich um Anlandequoten. Das heißt, die Statistik zählt nicht die absolute Menge des gefangenen Fisches, sondern nur, was im Hafen ankommt. Die Anlandequoten sind also einerseits eine





wunderbare Erleichterung für die Bürokratie. Sie ermöglichen den Statistikern, ihre Daten zu sammeln, ohne je auf einem Kutter seekrank zu werden. Andererseits bleiben immense Mengen von Beifängen und Rückwürfen unberücksichtigt. Denn nur wenige Fischereien können gezielt und ausschließlich ihre Zielart fangen. Und so sterben pro Jahr viele Millionen Tonnen Fisch, Meeressäuger, Schildkröten und andere Organismen als unerwünscht-

Ebenfalls eine besonders verschwenderische Art, mit dem Fang umzugehen, ist das sogenannte High-Grading. Bei den meisten Arten sind große Individuen wertvoller als kleine. Wenn nun der Fang gut ist, füllt der Fischer seine Kisten zunächst mit den großen Exemplaren. Die anderen wirft er wieder über Bord, obwohl sie hervorragend für den Verzehr geeignet wären. Für den Fischer ist das lohnend, für die Bestände fatal.

bis zu einem Viertel des weltweiten Fangs „schwarz“ aus dem Meer gezogen. Damit wird die Arbeit der Fischereiwissenschaft zum reinen Ratespiel. Denn es führt zum Beispiel dazu, dass Bestände überschätzt und Quoten falsch berechnet werden. Damit verursacht die illegale Fischerei nicht nur schwere ökologische Schäden. Weil die illegale Ware die Preise drückt, entsteht auch ein immenser finanzieller Verlust für legal tätige Fischer.

Die IUU-Fischerei ist ein internationales Geschäft, das alle Regionen und Fischarten betrifft. Die beteiligten Schiffe operieren oft unter Billigflagge im Auftrag von Reedern aus Ostasien, und die Drahtzieher zahlen weder Lizenzen noch Sozialabgaben oder Steuern. Zudem setzen sie vorschriftswidrige Techniken ein, um ihre Ausbeute zu erhöhen. Die Schwerpunkte liegen bei besonders gewinnbringenden Arten wie Rotem Thunfisch, Schwarzem Seehecht und Kabeljau. Verheerende Ausmaße hat die Ausbeutung der Bestände vor den Küsten von Entwicklungsländern angenommen, die ihre 200-Seemeilen-Wirtschaftszonen nicht ausreichend überwachen können. Vor allem vor Westafrika ist dies ein brennendes Problem.

Doch auch EU-Fischer machen illegale Geschäfte, und diese Aktivitäten werden noch viel zu oft als Kavaliersdelikt behandelt. Die Kontrollen sind lasch, die Strafen viel zu niedrig und uneinheitlich. Zudem endet ein Großteil der weltweiten Schwarzfänge im Wert von bis zu zehn Milliarden Euro auf dem europäischen

Markt. Bislang ist es der EU nur teilweise gelungen, ihre Häfen für illegale Anlandungen zu schließen.

Fehlgeleitete Subventionen

Spätestens wenn Fischer auffallen, die mit illegalem Gerät fischen, obwohl sie 200 Millionen Euro aus Brüssel erhalten haben, um auf legale Netze umzustellen, ist es an der Zeit, einen Blick auf die Fischereisubventionen zu werfen. Konser-

ches Geld mehr für den Neubau von Schiffen ausgegeben werden. Leider gibt es aber immer noch Schlupflöcher. Und nicht zuletzt erleichtert die EU ihren Fischern das weite Fahren, indem sie ihnen die Treibstoffsteuern erlässt. Damit behindert sie direkt die Entwicklung einer nachhaltigen Fischerei. Dieser Steuererlass ist besonders interessant für jene Unternehmen, die in weit entfernten Gebieten auf Fang gehen.

damit erzielten Umsätze liegen um ein Vielfaches höher. Die Fischereiindustrie vor Ort profitiert fast nie von diesen sogenannten Drittlands- oder Partnerschaftsabkommen. Die europäischen Schiffe landen ihren Fang selten im nächsten Hafen an, sondern fahren ihn meist nach Hause. Es gehen Aufträge und Arbeitsplätze verloren, die Migration steigt, und nicht zuletzt gibt es auch eine Unterversorgung mit tierischem Eiweiß.



ter Beifang in den Netzen oder an den Haken von Langleinern. Ein drastisches Beispiel: Für ein Kilo Seezunge werden acht Kilo Beifang wieder in die Nordsee gekippt.

Fischen im Trüben

Auch die sogenannte IUU-Fischerei (illegal, undokumentiert, unreguliert) trägt erheblich zur Überfischung der Meere bei. So wird nach Schätzungen des WWF



vative Schätzungen beziffern sie auf zwölf Milliarden Euro pro Jahr – und ein Großteil davon fördert nichts anderes als zunehmende Überkapazitäten. Seit 2002 soll in Europa wenigstens kein öffentli-

Die EU hat ihren Fischern nach dem Leerfischen der eigenen Meere einfach neue gekauft: Sie zahlt derzeit 145 Millionen Euro pro Jahr, um in den Gewässern der Entwicklungsländer zu fischen. Die

Langfristiger und flexibler denken

Wer heute mit dem Umgehen von Fangquoten und dem Abfischen von Jungfischen Existenzen sichern will, der

vernichtet sie für übermorgen. Wer dagegen Meeresressourcen langfristig nutzen will, der wird um eine Kursänderung nicht herumkommen. Aus Sicht des WWF ist eine zentrale Schwachstelle im Fischereimanagement, dass letztlich die wichtigste Entscheidung – jene über die Fangmengen – Politikern überlassen wird. Wir brauchen mehr Wissenschaft in der Entscheidung und eine stringenteren Umset-

regionale Gegebenheiten spiegeln kann. Wenn beispielsweise Fischer am Management beteiligt werden, wie das in Island, Norwegen oder Neuseeland der Fall ist, wenn ihnen für eine bestimmte Zeit oder ein Gebiet eine Quote als verlässliches Recht zugeteilt wird, dann sorgen und kümmern sie sich unter Umständen mit deutlich mehr Verantwortungsbewusstsein um diese Ressource. Das Stichwort lautet



zung der ICES-Empfehlungen, denn letztendlich geht es darum, einseitigen Interessen nicht zu viel Gewicht zu geben.

Wir schlagen außerdem ein Quotensystem vor, das mehr Flexibilität bietet und

Co-Management. Ob dann individuell handelbare Quoten, Gemeinschaftsquoten oder einfach Zugangsprivilegien vergeben werden – der Erfolg hängt immer vom individuellen Design des Managements ab.

Innovationen fördern

Außerdem brauchen wir ein deutliches Zeichen gegen Beifänge und Rückwürfe (Discard). Hier ist Erfindergeist gefragt: Nötig sind gute technische Lösungen, die Beifänge vermeiden und dabei den Fischern keine Einbußen bescheren. Dazu hat der WWF den jährlichen Wettbewerb „Schlaue Netze“ (Smart Gear) ausgeschrieben. Er fördert Ideen, die dazu beitragen, Beifänge in erster Instanz zu vermeiden. Wie der Circle Hook. Der Haken ist so groß, dass Schildkröten ihn nicht schlucken können. Circle Hooks werden zum Beispiel in der Langleinen-Fischerei auf Thunfisch eingesetzt. Durch diese einfache Neuerung sterben bis zu 90 Prozent weniger Schildkröten als Beifang. Ein anderes Beispiel ist ein Magnet, der an der Langleine befestigt, wirkungsvoll Haie und Rochen abschreckt. Wichtig für die Akzeptanz all dieser Innovationen: Den Fischern muss deutlich werden, dass sie mit der neuen Technik die gleichen Fangraten erzielen wie zuvor.

Ein Discard-Verbot, wie es die EU-Kommission unlängst vorgeschlagen hat, kann aus unserer Sicht nur dann erfolgreich sein, wenn es von wirksamen Maßnahmen begleitet wird, die eine Verringerung der Beifänge ermöglichen. Das Prinzip: „Bring alles mit, was in deinem Netz ist“ könnte ansonsten neue Absatzmärkte ausschließlich für die Rückwürfe eröffnen. Beifanghöchstgrenzen oder Beifangquoten für besonders angeschlagene Fischbestände könnten zu diesen begleitenden Maßnahmen gehören.

Aus unserer Sicht muss außerdem die illegale Fischerei wesentlich drastischer bekämpft werden. Wir brauchen schmerzhaft, einheitliche Strafen und schwarze Listen von illegal fischenden Schiffen, die international zugänglich sind. Besonders dringend sollte ein Rückverfolgbarkeitssystem eingeführt werden, das die Legalität von Fisch- und Fischprodukten nachvollziehbar macht – eine wichtige Hilfestellung für Verbraucher, Einkäufer und Händler.

Leitgedanke Nachhaltigkeit

Zum Thema Subventionen: Die Vergabe öffentlicher Mittel muss konkret daran geknüpft werden, ob die Ziele der Vorhaben der gemeinsamen Fischereipolitik entsprechen und ob nachhaltige Kriterien erfüllt werden. Wir brauchen neue Programme, um zum Beispiel Fischereien zu unterstützen, die auf selektiveres Fanggerät umstellen oder wegen Bestandsschutzmaßnahmen nicht auslaufen dürfen.

Und nicht zuletzt sollten Subventionen zur Finanzierung von Meeresschutzgebieten verwendet werden. Derzeit steht nicht einmal ein Prozent der Weltmeere unter Schutz. Verschiedene Studien haben aber gezeigt, dass es 30 bis 40 Prozent sein müssten, um mittel- bis langfristig den Erhalt der marinen Lebensvielfalt zu sichern. Die Meeresschutzgebiete dienen dem Schutz empfindlicher Lebensräume und der darin lebenden Organismen. Deshalb sollten Eingriffe, die dort Schaden anrichten können – und dazu gehört nun einmal die Fischerei – auf ein Minimum

reduziert werden. Gleichzeitig entwickeln sich in diesen Schutzgebieten erfahrungsgemäß erstaunlich reiche Fischbestände, die außerhalb dieser Grenzen der Fischerei ja wieder zugute kommen.

Neue Märkte öffnen

Für Drittlandsabkommen müssen Nachhaltigkeitsstandards gelten, wie sie in der EU selbstverständlich sind. Es geht dabei nicht zuletzt um Verantwortung und Gerechtigkeit beim Zugang zu natürlichen Ressourcen. Die Entwicklungsländer brauchen mehr Geld für Kontrollen. Auch hier hat die EU eine Verantwortung zu übernehmen. Wir schlagen vor, dass Entwicklungszusammenarbeit und Fischereiabkommen enger verzahnt werden. Der WWF prüft derzeit die Einführung einer Expertendreh Scheibe, welche die betroffenen Regierungen bei den Verhandlungen

mit der EU unterstützt. Denn nur wer die Spielregeln kennt, kann auch gewinnen.

Ein weiterer Baustein für eine nachhaltige Fischerei ist die Marktarbeit. In den letzten Jahren konnten 24 Fischereien mit dem MSC-Siegel (Marine Stewardship Council) für bestandserhaltende und umweltgerechte Fischerei zertifiziert werden, das entspricht etwa sieben Prozent der Wildfischbestände. Dies ist einerseits ein wichtiger Antrieb für den Handel, denn das wachsende Interesse der Verbraucher an nachhaltig produzierten Produkten garantiert einen sicheren Absatz. Andererseits führt es auch zu einem Umsteuern in den Fischereien selbst. In solchen starken Allianzen zwischen Anbietern, Verarbeitern und Händlern wollen wir den umweltverträglich gewonnenen Fischen und Meeresfrüchten zum Durchbruch verhelfen.



Beitrag eines Fischverarbeiters zu einer nachhaltigen Fischerei

Dr. Peter Dill, geschäftsführender Gesellschafter der Deutsche See GmbH & Co. KG

Dr. Peter Dill

Dr. Peter Dill ist seit 1999 geschäftsführender Gesellschafter von „Deutsche See GmbH“ in Bremerhaven, die rund 1.700 Mitarbeiter beschäftigt. Der promovierte Betriebswirt war zuvor elf Jahre in verschiedenen Funktionen für die Boston Consulting Group tätig. Dill ist Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e.V.



Wie alle relevanten Stakeholder hat auch die Wirtschaft das nötige Wissen zum Handeln. Entscheidend ist der Wille zur Veränderung. Nur wer als Unternehmer selbst die Herkunft seiner Produkte lückenlos kennt und kritisch hinterfragt, kann seinen Kunden vertrauenswürdig Auskunft geben. Diesen aufwendigen Weg zu gehen und auch auf Schnäppchen zu verzichten, macht sich auf allen Seiten der Wertschöpfungskette langfristig durch mehr Qualität und Nachhaltigkeit bezahlt.

Die EU-Fischereipolitik ist momentan weit davon entfernt, geeignete Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Fischereimanagement zu gewährleisten. Sie wird dem, was zu tun ist, in keiner Weise gerecht. Drasti-

sche Veränderungen – und zwar jetzt und nicht erst in fünf oder zehn Jahren – sind notwendig. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, im Konjunktiv zu sprechen. Die Veränderung muss heute beginnen, und wir – das heißt alle „Stakehol-



der“ – wissen, was zu tun ist. Wir haben kein Analyse- und auch kein Wissensproblem – weder die Politik noch die Verarbeiter oder der Handel. Zum Teil vielleicht die Konsumenten, weil das Thema sehr komplex ist. Aber wir, als die relevanten Stakeholder in dieser Branche, haben kein Analyseproblem – wir haben ein Umsetzungsproblem.

Die Herausforderungen

So ist das Abnehmerland Deutschland bei den Fangnationen wie Norwegen oder Island unbeliebt. Erstens, weil es Teil der EU ist. Und die EU ist, was die Fischereipolitik betrifft, ein Entwicklungsland. Das wissen Länder wie Island und Norwegen, die sich intensiv mit den Fragen „Wie fische ich, und wie organisiere ich meine Fischerei?“ beschäftigen. Deutschland ist als Abnehmerland weiterhin unbeliebt, weil es die niedrigsten Preise zahlt. Wir

haben das Image, die schlechteste Qualität zu den niedrigsten Preisen zu kaufen. Dieses Bild muss man als Einkäufer mühsam revidieren – was nicht von heute auf morgen geht. In unserem Unternehmen nennen wir das Einkaufsmarketing. Man fährt

beim Lachs. Hier gibt es Druck vonseiten der NGOs auf den Handel und auf die Verarbeiter sowie vermehrte Nachfragen von Konsumenten und Kunden. Aber wir werden es nicht schaffen, allein über den Druck der Käufer die entscheidenden



zu den Lieferanten, bemüht sich um die beste Qualität und darum, klarzumachen, dass das Anliegen der Nachhaltigkeit von uns sehr ernst genommen wird.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Aquakultur. Wo kommt das Futter her? Wie sieht es aus mit Antibiotika? Wie groß ist die Belastung des Ökosystems? – Immer noch und immer wieder ein Thema

Themen der Branche zu verändern. Wenn Sie in deutschen Supermärkten die Kunden fragen, ob es für sie wichtig ist, dass der Fisch umweltfreundlich gefangen oder aufgezogen wurde, werden Sie erst einmal ein klares „Ja“ hören. Doch bei der Frage: „Sind Sie bereit, dafür einen höheren Preis zu bezahlen?“ werden Sie bereits andere Aussagen bekommen.

Nun gibt es auch alternative Fischführer, sowohl von Greenpeace als auch vom WWF, aber das sind undifferenzierte Negativlisten. Wir als Verarbeiter und Anbieter müssen in der Lage sein, differenzierter zu argumentieren. Und das ist auch unsere Aufgabe als Industrie. Dem Konsumenten Informationen anzubieten, ihm zu sagen: Wo kommt der Fisch her? Wie ist er gefangen worden? Wie wird er verarbeitet? Dem Kunden das „full picture“ zu zeigen, damit er bewusst eine Entscheidung treffen kann.

Verzicht auf Schnäppchen

Nun zur Frage, was wir als Deutsche See konkret machen: Wir haben erstens spezifische Angebote aufgebaut, zum Beispiel das deutschlandweit breiteste MSC-Sortiment. Die Zertifizierung gibt dem Kunden und Konsumenten große Sicherheit, ist aber auch ein Prozess, der sehr viel Engagement von uns verlangt. Daneben haben wir das weltweit größte Sortiment an Biofisch. Das ist Fisch aus Aquakultur, der nach strengen Kriterien aufgezogen wird. Wir haben weiter eine umfassende Verpflichtung aller Lieferanten, keinen Fisch aus illegaler, unregulierter und ungemeldeter Fischerei (IUU-Fischerei) einzusetzen. Das heißt aber auch, explizit auf besonders günstige Ware zu verzichten. Wenn zum Beispiel Kabeljaufilet für fünf Euro das Kilo angeboten wird, sollte dem Einkäufer klar sein, dass das kein „normaler“ Fisch sein kann.





Diesen Weg zu gehen, bedeutet auch, in die „Schmerzzone“ hineinzugehen. Verarbeiter müssen ihre Systeme, ihre Prinzipien so unter Kontrolle haben, dass sie wirklich sagen können: Hier ist alles sauber, das funktioniert. Sie müssen wissen, wo der Rotbarsch aus Island gefangen wird, mit welchem Kutter, wann und wie. Wir sind auch dabei, die MSC-Zertifizierung unserer Lieferanten zu fördern. Das heißt, wir nehmen Geld in die Hand und finanzieren das Verfahren vor. Am Ende ist es natürlich unsere sehr merkantile Hoffnung, dass wir die Ausgaben über eine Preisprämie zurückbekommen.

Langfristig Geschäfte machen

Ein weiterer wichtiger Grundsatz: 100 Prozent Offenheit gegenüber Medien, NGOs und Politik. Enge Zusammenarbeit mit Stakeholdern, aber auch hohe Konfliktbereitschaft. Es ist jeder eingeladen, nach Bremerhaven zu kommen, sich unse-

re Fischmanufakturen anzuschauen und mit uns in eine detaillierte Diskussion zu gehen. Ich sage nicht, dass wir alles richtig machen. Ich sage nur, dass wir Schritt für Schritt den Weg gehen und uns verbessern. Das tun wir, weil wir es für nötig halten und weil wir glauben, dass es der einzige Weg ist, um langfristig in dieser Branche gute Geschäfte zu machen. Wir dürfen nicht mehr aus dem Meer holen als die Zinsen. Der Kapitalstock muss dort und gesund bleiben.

Für dieses Ziel setzen wir uns auch auf Bundes- und vor allem auf EU-Ebene ein. So versuchen wir gerade, ein Discard-Vermeidungsprojekt umzusetzen. Die größte Schwierigkeit dabei ist, die Erlaubnis zu bekommen, das, was gefangen wurde, auch anzulanden. Es besteht praktisch eine Discard-Pflicht, eine Pflicht, den Beifang zu vernichten, denn in den Hafen bringen darf man nur, wofür man eine Quote hat. Zur Verdeutlichung des Pro-

blems: Eine unserer Partnerfirmen hat eine Quote für Seelachs und Kabeljau und fischt in norwegischen Gewässern. Der Beifang: 200 Kilo Seeteufel – ein wunderbarer hochwertiger Fisch. Nun gibt es in Norwegen ein klares Discard-Verbot. Jedes Schiff muss alles, was gefangen wird, anlanden. Was macht der Kapitän? Er meldet nach Norwegen 200 Kilogramm Seeteufel, der dann auf die EU-Quote angerechnet wird. Und wenn er zurückkommt in die deutschen EU-Gewässer? Dann wirft er den Fisch über Bord. Fisch, für den er zehn Euro pro Kilogramm bekommen könnte. Das ist unethisch, das ist unmoralisch, das ist indiskutabel – aber: es ist die praktische Situation heute.

Sehr wichtig ist uns auch der 100-prozentige Zugriff auf die gesamte Wertschöpfungskette. Wir wollen wissen, wo der Fisch herkommt – bis zur letzten Konsequenz. Die Leute im Unternehmen müssen darauf erst trainiert werden, die richtigen Fragen zu stellen und sich nicht einfach mit Dokumenten zufriedenzugeben, sondern in die Tiefe zu gehen. Wir haben ein Rückverfolgbarkeitssystem, das weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht, und auch eine Initiative gestartet, zum differenzierten Ausweis von Fanggebieten und Beständen. Außerdem überprüfen wir unsere Sortimente ständig im Hinblick auf die Ressourcen. So verzichten wir zum Beispiel weitestgehend auf Nordseekabeljau und haben nach und nach besonders gefährdete Arten wie den Roten Thunfisch aus dem Sortiment gestrichen.



Was ist zu tun?

Ich bin ein großer Verfechter der 80:20-Regel, das heißt, das anzupacken, womit man die größte Wirkung erzielen kann. Und das bitte sofort und konsequent.

Stichwort Kontrolle: So muss die Politik, vor allem in der Exekutive, Regelungen finden, um die illegale Fischerei zu stoppen und die Fischer stärker an ihre Quoten zu binden. Wenn heute ein holländischer Fischer 20 Tonnen Seezunge zu viel fängt, bekommt er 5.000 Euro Strafe. Wenn dagegen sein norwegischer Kollege zwei Kilo Fisch ins Meer zurückwirft, zahlt er 200.000 Euro und sein Schiff wird an die Kette gelegt. Das Beispiel Norwegen zeigt, dass scharfe Kontrollen möglich sind. Dort seilen sich Kontrolleure von Hubschraubern auf Schiffe ab, schauen sich den Laderaum und das Logbuch an. Das alles passiert in der EU nicht. Dort wird lediglich an Land und lückenhaft kontrolliert.

Das zweite große Problem ist der Discard. In der Ostsee gibt es eine Regelung, wonach Kabeljau nur angelandet werden darf, wenn er mindestens 38 Zentimeter groß ist. Die Netze, die wir heute benutzen, sind aber darauf ausgerichtet, alles zu fangen, was 34 Zentimeter groß ist. Das heißt, die Regelung wird konterkariert durch die sogenannten „technical measures“. Kann es so schwer sein, das zu ändern? Das Gleiche gilt für die Quotenfestsetzung. Wir als Fischindustrie fordern eine ganz klare Ausrichtung an den wissenschaftlichen Empfehlungen. Und wenn es für ein oder zwei Jahre zu schmerzhaft

ten Einschnitten für die Fischer kommt, könnte dies mit einem Teil des Geldes, das für Subventionen ausgegeben wird, abgepuffert werden.

Der nächste Punkt ist sehr banal: „no cheap sales!“ Fisch ist ein teures Produkt, und unsere Aufgabe als Industrie ist es, das unseren Partnern, den Kunden und auch den Konsumenten, klarzumachen. Es geht darum, Wertschöpfung zu vermarkten, Varietät, Genuss und Nachhaltigkeit. Dafür brauchen wir einen adäquaten Preis, sonst können wir das, was wir vorhaben, nicht realisieren.

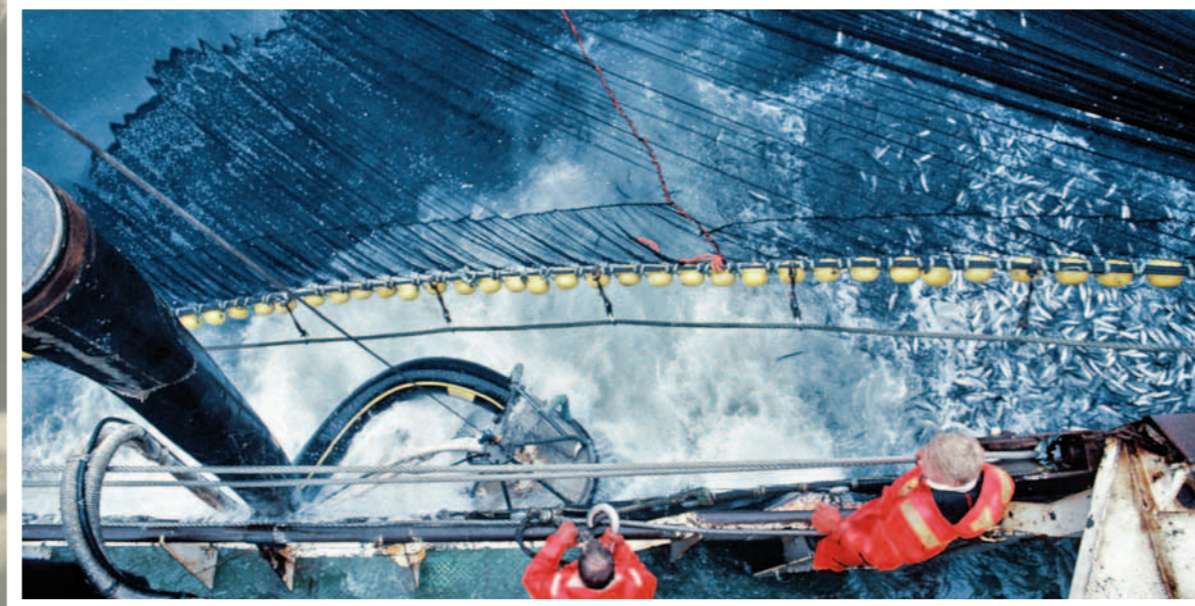
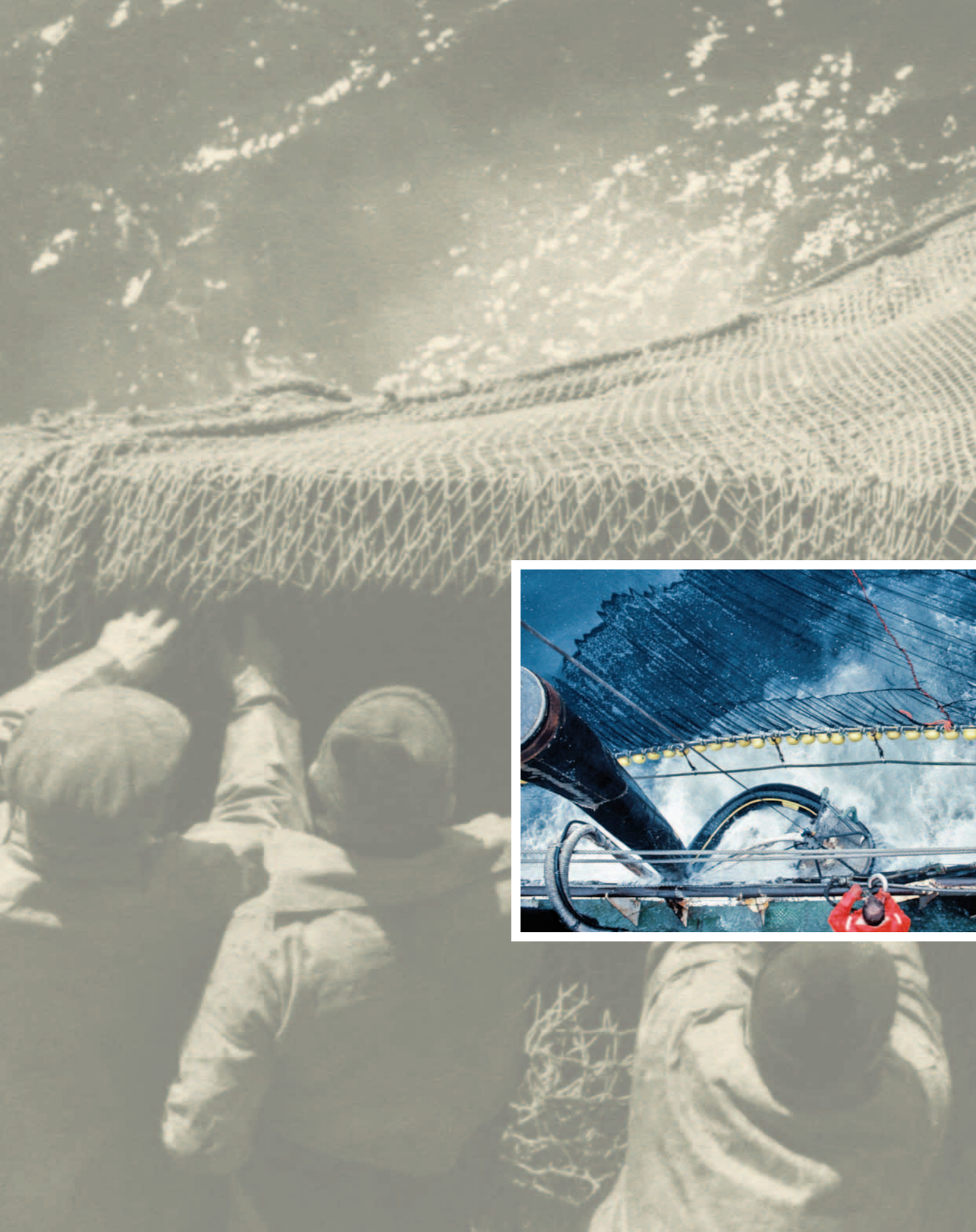
Genuss abgeraten werden sollte, sondern es sind bestimmte Bestände, die mit Vorsicht zu genießen sind. Das ist nicht einfach, vor allem weil der Unternehmer dies in seine EDV-Systeme, seine gesamte Logistik und dann auch noch bis zum Kunden an die Theke transportieren muss. Aber dass es nicht einfach ist, heißt ja nicht, dass es nicht geht. Auch dabei ist es die Nachhaltigkeit, an der sich alles ausrichten muss, denn sie ist der Ast, auf dem wir sitzen. Der Wille zur Transparenz ist dafür zwingend notwendig und auch der Wille, Fehler eingestehen zu können. Es



Das gilt für Bio, aber auch für konventionelle Produkte. Auch konventionelle Produkte, differenziert und klar ausgewiesen, sind gut. Kabeljau aus Norwegen zum Beispiel kann mit dem Begriff Nachhaltigkeit verbunden werden. Das heißt, es ist nicht der Kabeljau per se, von dessen

ist kein einfacher Weg, aber ich fordere alle Stakeholder auf, ihn mit uns zu gehen. Und zurück zur 80:20-Regel: die großen Themen zuerst – Kontrolle, Discard-Vermeidung und nachhaltig ausgerichtete Quotenfestsetzung.

Diskussion und Ausblick



Das Symposium „Fisch ohne Schutz“ machte deutlich, dass der Weg zu einer nachhaltigen Fischerei und einem wirkungsvollen Meeresschutz zukünftig noch größeres Engagement von allen abverlangt. Dabei sind viele Lösungsansätze bekannt, die im Kleinen durchaus erfolgreich umgesetzt werden. Die Flotten müssen schrumpfen, die Fangquoten sinken und zerstörerische Fangmethoden sowie illegale Fischerei unterbunden werden. Wenn die angestoßene Diskussion über das Symposium hinaus lösungsorientiert weitergeführt wird, hat die Michael Otto Stiftung bereits ein wesentliches Ziel erreicht: Die Gefährdung der Meere verstärkt ins Bewusstsein zu rücken.

Podiumsdiskussion



Dass der Schutz der Meere und der Fischbestände eines größeren Einsatzes der Politik bedarf, darüber waren sich die Referenten und Teilnehmer der vierten Hamburger Gespräche durchaus einig. Über die Widersprüche der Fischereipolitik und konkrete Maßnahmen zum Schutz der Meere diskutierten in einem abschließenden Podiumsgespräch Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Kuratoriums der Michael Otto Stiftung, und die Referenten Karoline Schacht, Reinhard Priebe, Dr. Peter Dill und Prof. Dr. Daniel Pauly. Das Gespräch moderierte der „Spiegel“-Redakteur Sebastian Knauer.



Knauer: Herr Dr. Otto, Sie – als Unternehmer und als heutiger Gastgeber – haben Verständnis dafür, dass man nicht mehr Zinsen entnehmen darf, als das Kapital hergibt. Welches Interesse hat eigentlich ein global operierendes Unternehmen wie das Ihre am Schutz der Meere? Sie handeln ja nicht mit Fischen. Warum ist Ihnen der Fisch so wichtig?

Dr. Otto: Wir sollten in allen Sektoren darauf achten, nachhaltig zu wirtschaften. Natürlich gibt es rein aus Unternehmenssicht andere Bereiche, mit denen wir uns im Hinblick auf die Nachhaltigkeit beschäftigen. Dazu gehören beispielsweise der Baumwollanbau und weitere Segmente, in denen wir unmittelbar betroffen sind. Umweltschutz und Nachhaltigkeit bedeuten ja, dass wir sorgsam umgehen müssen mit unserer Welt, dass wir sie

auch für die nächste Generation erhalten müssen. Das gilt in besonderem Maße für unseren Fischreichtum, denn der ist eine Basis für die Ernährung zukünftiger Generationen. Für meine Stiftung, bei der der Schutz des Wassers im Mittelpunkt steht, spielen damit auch Flora und Fauna der Meere eine ganz wichtige Rolle.

Knauer: Frau Schacht, Sie haben gesagt, dass die EU-Fischereipolitik zur Überfischung beiträgt. Das ist ja eigentlich eine Bankrotterklärung für die EU, die weltweit den Schutz der Meere voranbringen soll.

Schacht: Als Bankrotterklärung würde ich das nicht bezeichnen, aber es hat ganz eindeutig falsche Entscheidungen gegeben oder es wurde mehrfach die falsche Abbiegung genommen. Ich denke, man kann ein Umsteuern durchaus herbeiführen. Doch glaube ich, dass ein politischer Wille fehlt und dass es Umsetzungsschwächen gibt.



Knauer: Ist denn die Information richtig – ich greife das mal als ein Beispiel heraus –, dass es doppelte Abwrackprämien für das gleiche Schiff gibt?

Priebe: Es mag Fälle geben, wo ein Schiff, das vor einigen Jahren nach dem alten Regime eine Beihilfe bekommen hat, um gebaut zu werden, förderfähig ist, nach dem neuen Regime auch eine Stilllegungshilfe zu bekommen. Das neue Fördersystem sieht vor, dass Schiffe, die eine Beihilfe zur Verschrottung bekommen haben, vom Bestand der Flotte abgezogen werden. Kein Mitgliedsstaat darf seine Flotten vergrößern. Das ist schon mal ein Schritt. Man kann außerdem dem verbesserten Subventionssystem nicht vorwerfen, dass es andere Förderkriterien enthält als das vorherige.

Schacht: Wir haben im Laufe der Veranstaltung von irrsinnigen Summen gehört, die weltweit als Fischereisubventionen gezahlt werden. Das waren weltweite Zahlen; in Europa sind es halbwegs überschaubare Summen: Für die nächsten sieben Jahre sind hier vier Milliarden Euro vorgesehen. Wir als WWF verstehen es durchaus als richtigen Schritt, dass seit 2002 Neubau und Modernisierung ausgeschlossen sind von der expliziten Unterstützung durch öffentliche Fördermittel.

Dr. Otto: Jede Subvention löst entsprechende Steuerungswirkungen aus, und auch die Fischindustrie richtet sich auf Subventionen aus, um den höchstmöglichen Ertrag zu bringen. Von daher muss

man das gesamte Subventionspaket, sprich die Spielregeln, vollkommen neu überdenken, um zu anderen Steuerungen zu kommen. Wenn man sieht, wie vor Westafrika EU-Flotten und russische Flotten fischen, dann geht es nicht nur darum, dass Tausende von kleinen afrikanischen Fischern ihren Job verlieren und die Versorgung der Bevölkerung teilweise nicht mehr sichergestellt wird. Diese Fangflotten kommen gleich mit ihren schwimmenden Fischfabriken dort an und zerstören weitere Tausende Jobs an Land: Früher wurden in den Fabriken an Land Fische verarbeitet und exportiert, das findet kaum mehr statt. Meines Erachtens ist es eine Fehllenkung, den Kraftstoff zu subventionieren, was Anreize schafft, weite





Strecken zu fahren. Und das Zweite ist, dass dort natürlich viel zu preiswert gefischt werden kann. Hier sind ganz andere Regeln vonnöten, damit die Länder, in deren Meeren die Fische gefangen werden, stärker davon profitieren.

Knauer: Herr Dill, wenn diese EU-Subventionen wegfallen würden, wie würde sich das auf die Preise und auf Ihr Geschäft auswirken?



Dr. Dill: Ich vermute, dass dies kaum Auswirkungen hätte, denn die Verwendung der EU-Gelder hat wenig Einfluss auf unser Geschäft. Wenn ich mir die Fischarten, die in Deutschland gegessen

werden, anschauere, würde ich sagen, dass das, was jetzt vor Westafrika passiert, für den Konsum in Deutschland nur sehr geringe Auswirkung hat.

Knauer: Wir reden jetzt über das kleine Europa und die kleinen Fangflotten. Schert das, was wir hier diskutieren, eigentlich ein chinesisches oder ein russisches Großunternehmen?

Prof. Dr. Pauly: Die Europäer sind sehr aktiv im Indischen Ozean und im Pazifik. Sie begrenzen ihre Fischerei keineswegs auf die europäischen Gewässer. Ich nehme an, sie sind eine ernsthafte Konkur-

renz für die Chinesen und Taiwanesen. Spanien und Frankreich etwa schicken dort ihre Boote hin. Allerdings sind die Arbeiter auf den spanischen Schiffen meistens keine Spanier.

Knauer: Sie sind viel auf Trawlern gefahren. Haben Sie da jemals das Wort „Rückwurf“ oder „Fischmanagement“ gehört?

Prof. Dr. Pauly: Es gab weder das Wort noch den Sachverhalt, auch nicht, als ich in Kiel studierte. Damals habe ich gelernt, dass eine Fischerei sich selbst reguliere. Wenn der Bestand einer Art runtergeht, so glaubte man, dann werde sich die Fischerei von alleine auf eine andere Art konzentrieren, sodass sich der Bestand erholen könne. Aber das funktioniert so nicht. Warum? Erstens: Subventionen unterdrücken das Signal, das aus dem Bestand kommt. Zweitens gibt es keine „Dorschfischerei“ oder keine „Seehechtffischerei“ etc. Es gibt nur *eine* Fischerei. Für die hat man eine Lizenz, und die macht vielleicht die Hälfte des Fangs aus. Der Rest sind andere Fische. Sie können etwa sehr wohl weiter Dorsch fangen, nachdem die Dorschfischerei geschlossen ist: als Beifang. Und den schmeißen Sie dann über Bord. So wird ein Bestand, der heruntergewirtschaftet ist, durch Subventionen und Beifang weiter klein gehalten. Die Vorstellung, dass sich ein Bestand erholen

könne, ist tatsächlich überholt. Die Fischerei ist mit den Konzepten, die uns beigebracht wurden, nicht regulierbar.

Schacht: Bei der alten Betrachtungsweise hat man immer nur eine Art gemagt und ganz vergessen, dass die Arten eine Rolle in einem Ökosystem spielen. Die Systembetrachtung ist eine relativ junge Disziplin. Das Ein-Arten-System hat sich selber sozusagen ad absurdum geführt.

Knauer: Wo stünde die Fischereiwirtschaft, wenn die Nationen alleine über die Fischerei entscheiden würden?

Priebe: Über diese Frage denken wir selbst in Brüssel sehr viel nach. So, wie die Meere um die EU gelegen sind, ist



eine rein nationale Fischereipolitik nicht möglich. Praktisch alle Probleme, die ich in meinem Vortrag (vgl. S. 14 – 17) angesprochen habe, haben mit dem Politikma-



agement – der „Governance“, wie wir in Brüssel sagen – zu tun. Und nun werden wir mit dem Vertrag von Lissabon das Mit-Entscheidungsverfahren kriegen. Das heißt, dass wir alle Entscheidungen der Fischereipolitik – außer den jährlichen Fangquoten – auch durch das Europäische Parlament bekommen müssen. Diejenigen, die sich um den Bestand sorgen, haben eine gewisse Hoffnung, dass wir zukünftig vom Parlament Unterstützung erhalten.

Dr. Dill: Ich möchte in diesem Zusammenhang das Beispiel Island ansprechen. In Island werden alle Fische, die gefangen werden, auch angelandet. Wenn Sie dort

einen Rotbarsch oder Seeteufel anlanden, wird dieser in Kabeljauvergleichstonnen umgerechnet und auf die Quote angerechnet. Das führt in Verbindung damit, dass die Fischerei sich selbst managt, dazu, dass die jeweiligen Quoten nachhaltig bewirtschaftet werden, und dass sich von einem Jahr auf das andere durchaus drastische Rückgänge in Quoten ergeben können – wie es zuletzt auch geschehen ist –, um dadurch nachhaltiges Fischereimanagement zu ermöglichen.



Schacht: Das interessante Modell Island lässt sich noch erweitern. Es gibt Überlegungen, die Fischer direkt am Management zu beteiligen und so zu den besten Hütern der Ressourcen zu machen. Die jüngste große Quotenkürzung ist tatsächlich auf Vorbringen der Fischer erfolgt.



Knauer: Herr Dr. Otto, wir reden sehr viel über den Klimawandel. Kann es sein, dass das, was unter Wasser stattfindet, unterschätzt wird? Ist es angesichts des wesentlichen Wandels unserer Biosphäre an der Zeit, an ein Kyoto-Abkommen für die Meere zu denken?

Dr. Otto: Das Thema Meere und Fischbestände wird in der Tat vollkommen unterschätzt. Weitgehend unbekannt ist,

wie stark unsere Meere schon überfischt sind. Oder ein Thema, das uns auch hier im Norden sehr nahe liegt: die Kaltwasser-Korallen. Die meisten haben noch nie davon gehört. Unsere großen Bestände an Kaltwasser-Korallen werden systematisch durch die Schleppnetzfisherei vernichtet und damit die Kinderstube verschiedener Fischarten. Das ist in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt, und daher bin ich auch der Meinung, dass hier dringend mehr Bewusstsein geschaffen werden muss.

Knauer: Es gibt ja auch die Meinung, der Klimawandel sei doch prima, denn da würden die Meere wärmer und dann ließen sich weitere Spezies, etwa aus dem Mittelmeerbereich, im Atlantik fischen.

Schacht: Es gibt Beispiele aus der Nordsee, wo mittlerweile Nischen von Arten, die dezimiert wurden, durch Mittelmeer- oder mittelatlantische Arten wie Anchovis oder Sardinen besetzt werden. Das Interessante wird sein, wie man im Fischereimanagement damit umgeht. Denn natürlich lohnt es sich, auf diese Fischarten ein Netz auszuwerfen. Man wird auch diese Arten irgendwann in das europäische Fischereikonzept integrieren müssen.

Knauer: Herr Pauly, auch die Quallen sind auf dem Vormarsch. Sind das die ersten Vorboten für einen Klimawandel in den Meeren und die Veränderung der Artenzusammensetzung?

Prof. Dr. Pauly: Diese Entwicklung ist allein das Ergebnis der Fischerei. Indem wir den Teil des Lebens, den wir essen wollen, aus den Meeren entfernen, fördern wir die Teile, die wir nicht wollen: etwa Quallen und giftige Algen. Dies wird immer wieder zurückgeführt auf die stei-



gende Temperatur oder auf Einträge aus der Landwirtschaft. Das ist für verschiedene Entwicklungen durchaus richtig, und es verstärkt die Veränderung der Ökosysteme. Doch die Fischerei selbst ist mit Abstand immer noch die größte verändernde Kraft.

Knauer: Der Kabeljau wandert schon Richtung Norden. Wie schlägt sich das auf Ihre Arbeit nieder, Herr Priebe? Gibt

es ein Umschreiben der Managementpläne? Wie ist der Klimawandel in den EU-Amtsstuben angekommen?

Priebe: Der ist schon lange angekommen. Bisweilen stellen wir fest, dass Teile der Fischereiwirtschaft in der politischen Diskussion den Klimawandel als einen wesentlichen Grund für die Bestandsveränderungen in den Meeren vorschreiben. Der Hauptgrund für unsere Probleme mit Fischbeständen ist aber noch immer die Überfischung. Die Zusammensetzung der Bestände in den einzelnen Meeren ändert sich allerdings auch durch den Klimawandel. Hierauf können unsere Managementinstrumente nicht immer rasch genug reagieren.

Ich möchte Herrn Dill ganz konkret mit einem Vorschlag konfrontieren: Es wird diskutiert, ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Fischindustrie die enormen Kosten effizienter Kontrollen selbst übernimmt ...

Dr. Dill: Das ist auch Thema bei einem aktuellen Projekt zur Discard-Vermeidung. Dort haben wir uns gerade bereiterklärt, die Kosten für die Kontrollen und die wissenschaftliche Begleitung zu übernehmen, damit Bewegung in die festgefahrenen Strukturen kommt.

Schacht: Als Anregung dazu ein Vorgehen in anderen Fischereimanagement-Regionen. Dort sagt man: „Du bringst alles mit, was du hast und das, was über

die Quote hinausgeht, darfst du verkaufen, behältst davon aber nur einen geringen Prozentsatz.“ Der Rest der Einnahmen geht in das Management, zum Beispiel in die Kontrolle.

Holger Wesemüller, Europarc Deutschland: Großräumige Schutzgebiete, in denen die Natur sich selbst überlassen bleibt, sind auch im Meeresbereich nötig, nicht nur für die Fischbestände, sondern insgesamt für die Erholung von Meeres-Ökosystemen. Meine Frage an Herrn Pauly: Welche Größenordnungen



sollten die haben? An Land geht es um zehn bis 15 Prozent der Fläche, die hier zuvor genannten 20 Prozent erscheinen mir recht umfangreich. Zwei weitere Fra-

gen: Kann die EU hier nicht mit gutem Beispiel vorangehen? Und: Könnten die Gebiete der Offshore-Windkraftanlagen nicht vielleicht per se auch gleichzeitig Meeresschutzgebiete sein?

Prof. Dr. Pauly: Die 20 Prozent Meeresfläche sind verbindliche Ziele, die durch internationale Abkommen abgesichert sind. Bloß, die Ministerien für Umweltschutz der verschiedenen Länder sprechen nicht mit dem Ministerium für Fischerei, und wenn Sie dann zu dem Ministerium für Fischerei gehen, dann

lachen sie dort nur. Auch in der Europäischen Kommission werden Sie keinen Menschen finden, der sich dafür einsetzt – außer vielleicht nun Herrn Priebe. So

Sebastian Knauer, geboren 1949 in Mannheim, ist diplomierter Volkswirt und Redakteur. Als freier Mitarbeiter war er beim Süddeutschen Rundfunk, dem ZDF, dem BR und der dpa tätig. Zwischen 1977 und 1988 arbeitete er als Redakteur im Ressort Deutsche Politik des „Stern“ und ist seitdem politischer Redakteur des „Spiegel“. Knauer hat zudem zahlreiche Sachbücher und Kriminalromane verfasst.



entsteht die absurde Situation, dass Deutschland nicht vorangehen kann, weil die EU-Gesetzgebung das verhindert. Einzelne Länder können keine Schutzgebiete aufstellen, weil die gemeinsame Fischereipolitik das verhindert. Die Situation ist verrückt. Wir reden über marine Reserven, doch wir haben praktisch keine: 99,8 oder 99,9 Prozent des Atlantiks sind offen für die Fischerei.

serpflanzen und Mikroalgen. Pflanzenzucht kombiniert mit Offshore-Windmühlen könnte ein Meeresschutzgebiet und vielleicht auch Wiederholungsgebiet für Fische und andere Meeresorganismen ergeben.

Prof. Dr. Pauly: Die südliche Nordsee ist so stark verändert gegenüber dem ursprünglichen Zustand, dass praktisch

Vielleicht können wir tatsächlich die Zustände künstlich wiederherstellen, die den natürlichen von früher entsprechen.

Dr. Christian Pusch, Bundesamt für Naturschutz: Ich unterstütze Herrn Pauly in der Auffassung, dass die Nordsee ein sehr stark degeneriertes Ökosystem ist und man es nicht mehr mit dem Zustand von vor 100 Jahren vergleichen kann. Nichtsdestotrotz würde ich als Vertreter des Naturschutzes doch der Auffassung widersprechen, dass wir Windkraftanlagen als Naturschutzmaßnahme betrachten oder die Einführung künstlicher Riffe. Denn nach wie vor gibt es auch in der Nord- und Ostsee Hartstrukturen, die durchaus schützenswert sind und auch im Rahmen von Natura 2000 als solche Schutzgebiete ausgewiesen wurden. Und ich würde das doch als einen besseren Weg sehen, dass wir für diese Gebiete vernünftige Fischereimanagementmaßnahmen erlangen, um sie in einen günstigen Erhaltungszustand zu bringen, als jetzt künstliche Hartstrukturen einzubringen und dann diese als Schutzgebiete auszuweisen.

Sebastian Knauer: Danke für die spannende Diskussion. Argumente und Gegenargumente sind zentraler Bestandteil der Hamburger Gespräche für Naturschutz. Ich möchte das Schlusswort nun an Dr. Michael Otto geben.

Dr. Otto: Ich danke Ihnen, Herr Knauer, für die gute Moderation. Und ganz herzlichen Dank allen Rednern und Diskussionssteilnehmern für ihre Beiträge und die vielseitigen Facetten, die wir hier kennenlernen durften.

Es ist deutlich geworden, dass, um die Weltmeere und die Fischbestände zu schützen, keine einzelne Lösung greifen wird. Wir müssen viele Maßnahmen

mehrmals an – im Grunde weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Handlungsdefizit. Ich halte es daher für wichtig, wo immer sich die Möglichkeit bietet, auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, dass sie die EU-Kommissionsvorschläge unterstützt.

Darüber hinaus freut es mich zu sehen, dass es Unternehmer gibt, die von sich aus aktiv werden. Und die eine Vorbild-

nachzuhaken und zur Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit beizutragen. Auch von der Nachfrageseite her muss ein Umdenken stattfinden und Druck aufgebaut werden. Mit entsprechenden Siegeln wie dem Gütesiegel des Marine Stewardship Council oder über Bio-Zertifizierung lässt sich die Nachfrage lenken, auch wenn der Markt hierfür derzeit noch sehr beschränkt ist. Doch wir müssen irgendwo



Willem Brandenburg, Wageningen University and Research Centre (NL): Ist eine mehrfache Raumnutzung des Meeres realistisch? Ich frage, weil meiner Meinung nach der „Ackerbau“ im Meer eine Perspektive hat: Weltweit sind mehr als 50 Prozent der pflanzlichen Biomasse Was-

alles erlaubt ist, was machbar ist. Sie machen nichts Natürliches mehr kaputt. Übrig ist ein Hundertstel der Fülle von Arten, die es mal gab. Als die Grundnetzschleppfischerei in Europa um England angefangen hat, haben die Fischer riesige Mengen von Großalgen und am Boden lebenden Tieren und Pflanzen angelandet.



parallel und mit großer Intensität in Angriff nehmen. Es ist daher außerordentlich erfreulich, von Herrn Priebe zu hören, dass die EU-Kommission eine ganze Reihe richtiger Ansätze verfolgt. Doch stellt sich hier natürlich die Frage nach der Qualität und Geschwindigkeit der Umsetzung. Wir haben – und das klang

funktion einnehmen, indem sie zeigen, dass man mit Fisch aus nachhaltigem Fischfang sehr erfolgreich sein kann. Ich möchte alle Unternehmer ermutigen, in diese Richtung voranzugehen.

Wir haben im Verlauf der Veranstaltung auch die wichtige Aufgabe der NGOs kennengelernt, immer wieder



anfangen – und das gilt für alle Maßnahmen. Ich hoffe, dass die Anregungen dieses Symposiums aufgegriffen und weitergetragen werden und dass jeder, wo immer er es vermag, daran mitwirkt, dass wir beim Schutz der Meere mehr erreichen als bisher.

Die Hamburger Gespräche für Naturschutz

Auch in Deutschland gehen weiterhin wichtige Lebensräume verloren; auch hier werden die natürlichen Lebensgrundlagen noch immer über die Grenzen ihrer Regenerationsfähigkeit hinaus belastet. Im internationalen Rahmen, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, gilt dies in noch weit höherem Maße. Um diese Entwicklungen stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken, veranstaltet die Michael Otto Stiftung seit 2004 die „Hamburger Gespräche für Naturschutz“.

Dank ihrer guten Kontakte zu einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure aus dem In- und Ausland sowie durch ihre politische Unabhängigkeit dient die Michael Otto Stiftung in diesem Prozess als Plattform und versammelt einflussreiche Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik an einem Tisch. Die Symposien dienen dazu, die gesellschaftliche Debatte über wichtige Umweltthemen zu beleben, ein Bewusstsein für die Belange des Naturschutzes zu schaffen und integrierte, nationale und internationale Lösungsansätze zu entwickeln.

„Wasser in Not“

Aus gutem Grund ist Wasser eines der Schwerpunktthemen der Hamburger Gespräche; steht es doch bei der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen meist im Zentrum der Probleme. Diese wichtige Ressource ist durch Übernutzung, Verschmutzung und durch das Bevölkerungswachstum akut und dauerhaft gefährdet.

Im Dezember 2004 beleuchtete die Veranstaltung „Wasser in Not – Ein Sym-

posium über die Gefährdung der Grundlage allen Lebens“ die globale Entwicklung der Ressource Wasser.

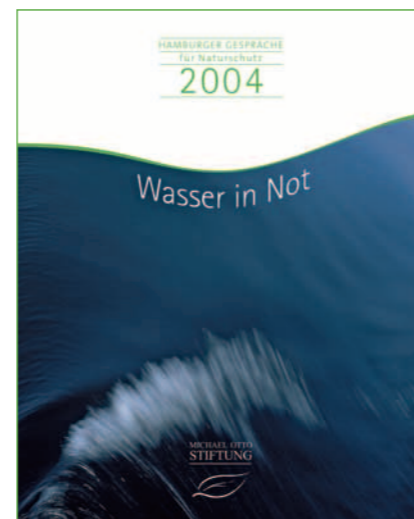
Bereits heute sterben mehr Menschen an den Folgen verseuchten Trinkwassers als durch Krieg oder an Aids. Weltweit ist in den vergangenen 100 Jahren etwa die Hälfte aller Feuchtgebiete zerstört worden. Da es sich hierbei um die vitalsten und artenreichsten Lebensräume handelt, geht dies einher mit einem unersetzlichen Verlust an Biodiversität. Infolge des Klimawandels wird das verfügbare Süßwasser an vielen Stellen der Welt noch ungünstiger verteilt sein. Meteorologische Extremereignisse wie Überflutungen und Dürren werden weiter zunehmen. Dies birgt ein großes Konfliktpotenzial. Die namhaften Referenten erörterten diese dramatische Situation aus verschiedenen Perspektiven und stellten Lösungsansätze vor – etwa in der Landwirtschaft und im Klimaschutz.

„Land unter?“

Auf den Hamburger Gesprächen 2005: „Land unter? – Ein Symposium über die Folgen des Klimawandels für den Natur- und Küstenschutz“, erläuterten Experten die Auswirkungen des Klimawandels auf die Küstenregionen und diskutierten Ansätze, wie der Natur- und Küstenschutz reagieren können. Denn der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet nicht nur Menschen und Wirtschaftsgüter im Küstenraum, sondern auch unwiederbringliche Naturgüter wie etwa das ökologisch äußerst wertvolle Wattenmeer. Bei dieser Entwicklung geraten die Ziele des Natur-

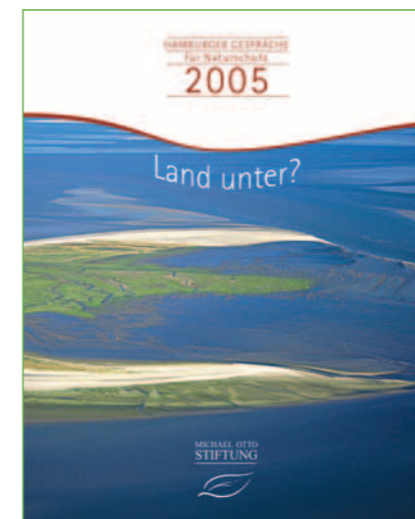
schutzes mit denen des Küstenschutzes sowie die Interessen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung und der Wirtschaft in Konflikt.

Diese Interessenskollisionen gilt es zu erkennen und durch vorausschauendes Handeln zu entschärfen. Vor den Hintergründen der Erkenntnisse dieser Veranstaltung hat die Michael Otto Stiftung mit einer in 2006 gestarteten Initiative die relevanten Kräfte der Zivilgesellschaft für dieses Thema aktiviert und die Beteiligten aus Naturschutz, Küstenschutz, Politik und Wissenschaft an einen Tisch gebracht. Die Ergebnisse dieses konstruktiven Dialogs zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen sowie die notwendigen nächsten Schritte hat die Michael Otto Stiftung in einem Positionspapier zusammengefasst.



„Die Natur im Klima-Deal“

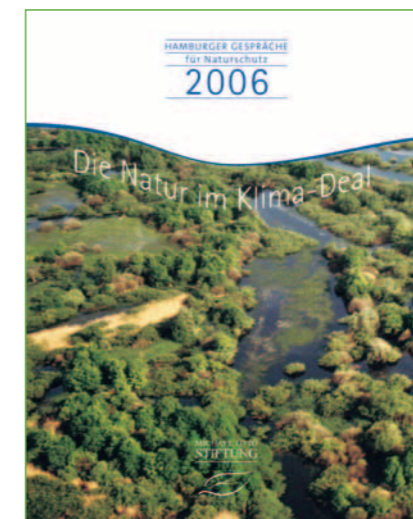
Bei den Fragen des Wasser- und Gewässerschutzes nimmt der Klimawandel eine entscheidende Rolle ein. Die Stiftung widmete diesem Thema daher die Hamburger Gespräche des Jahres 2006. „Die Natur im Klima-Deal – Ein Symposium über die Chancen und Risiken der Investition in CO₂-Senken“. Damit die globale Erwärmung ein tolerierbares Maß nicht überschreitet, muss der Ausstoß klimaschädigender Gase sinken. Die renommierten Teilnehmer des Symposiums erörterten in diesem Zusammenhang insbesondere die Chancen und Risiken der Investition in CO₂-Senken. Bei diesem Aspekt der Klimadiskussion treffen die Notwendigkeit zum Klimaschutz und die Notwendigkeit zum Artenschutz aufeinander. Denn die artenreichsten natürlichen Lebensräume sind ganz überwiegend auch die produktivsten Senken –



also Speicher - von CO₂. Das betrifft die tropischen Regenwälder ebenso wie die borealen Moore oder die Korallenriffe der Ozeane.

So standen folgende Fragen im Mittelpunkt der Diskussion: Können Investitionen in den Klimaschutz auch dem Schutz und dem Erhalt der großen Treibhausgas-Senken – wie Böden, Mooren und Wäldern – zugute kommen? Und: Welche Chancen und Risiken sind mit klimapolitisch begründeten Investitionen in diese Senken – etwa im Rahmen des „Clean Development Mechanisms“ des Kyoto-Protokolls – verbunden?

Die Michael Otto Stiftung wird auch zukünftig mit der Reihe „Hamburger Gespräche für Naturschutz“ aktuelle Themenschwerpunkte setzen, um hiermit eine aus Sicht der Stiftung notwendige Diskussion nach vorn zu bringen. Der



Erfolg der Symposien ist maßgeblich den namhaften Referenten sowie den engagierten und interessierten Gästen zu verdanken. Sie ermöglichen eine intensive gesellschaftliche Debatte weit über den Tag der Veranstaltung hinaus.

Die Dokumentationen der Hamburger Gespräche können Sie unter info@michaelottostiftung.de bestellen oder im Internet unter www.michaelottostiftung.de herunterladen.



Michael Otto Stiftung für Umweltschutz

Stiftungszweck der 1993 gegründeten Michael Otto Stiftung ist der Schutz und Erhalt der Lebensgrundlage Wasser sowie der vom Wasser geprägten Lebensräume. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Stiftung auf drei Aktionsfelder:

1. Förderung

Der derzeitige Förderungsschwerpunkt der Michael Otto Stiftung liegt beim Schutz von Fließgewässern und dem nachhaltigen Umgang mit Flusslandschaften. Bevorzugt werden Projekte, bei denen die eingesetzten Mittel langfristig und direkt dem Schutz der Natur zugute kommen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der zu erwartende Projekterfolg beispielgebend ist und nicht auf regionale Wirksamkeit beschränkt bleibt. Der geografische Schwerpunkt liegt in Deutschland sowie im östlichen Europa, Nord- und Zentralasien.

Speziell junge Menschen unterstützt die Stiftung bei der Umsetzung ihrer eigenen „aqua-projekte“. Ziel ist es, die Eigeninitiative der Kinder und Jugendlichen im Bereich Naturschutz zu steigern und sie zu Verhaltensänderungen zu motivieren.

2. Bildung

Über Stiftungsprofessuren und die finanzielle Unterstützung von Forschungs- und Bildungszentren engagiert sich die Stiftung im Bildungsbereich. Der 1997 gegründete Lehrstuhl „Umweltethik“ an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald sensibilisiert Studenten für umweltethische Fragen im gesellschaftlichen Handeln. Interdisziplinär werden Konzepte entwickelt, die ökologische, ökonomische, soziale wie auch kulturelle Gesichtspunkte berücksichtigen. Der Lehrstuhl „Sustainability and Global Change“, im Jahr 2000 an der Universität Hamburg eingerichtet, ist ebenfalls interdisziplinär ausgerichtet: Das Lehrangebot vermittelt Studenten die Wirkung der Veränderung der marinen und atmosphärischen Umwelt auf das globale Wirtschaftssystem und zeigt historische Zusammenhänge zwischen Zivilisation, Meer und Klima auf.

3. Dialog

Von Beginn an hat sich die Michael Otto Stiftung auch als Moderatorin gesellschaftlicher Interessengruppen verstanden. Sie initiiert Gespräche und bietet eine neutrale Plattform für Dialogveranstaltungen, die Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an einen Tisch bringen und pragmatische Lösungen für aktuelle umweltpolitische Fragen erarbeiten.

Neben den seit 2004 jährlich stattfindenden „Hamburger Gespräche für Naturschutz“ engagiert sich die Stiftung im Rahmen verschiedener Dialogprojekte, um Lösungen in Bezug auf die Herausforderungen des Klimawandels zu entwickeln.

Die „Berliner Klimaerklärung der Michael Otto Stiftung“ ist Ergebnis der „Berliner Klimadiskurse“ und diente 2007 als Ausgangspunkt der Gründung der Unternehmerinitiative „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“.

Die Auswirkungen des Klimawandels für das Wattenmeer und die Wattenmeerregion stehen im Mittelpunkt des „Wattenmeer-Dialogs“. Auf Einladung der Stiftung haben Experten aus Natur- und Küstenschutz, Wissenschaft und Politik Lösungsszenarien diskutiert. Ein Positionspapier der Michael Otto Stiftung zeigt die Ergebnisse sowie notwendige nächste Schritte auf und wird Grundlage des weiteren Dialogprozesses sein.

Garant für die Umsetzung der anspruchsvollen Zielsetzung der Stiftung ist das Kuratorium, das mit führenden Persönlichkeiten maßgeblicher Umweltinstitutionen, der Wissenschaft und der Wirtschaft besetzt ist.
Dr. Michael Otto | Prof. Dr. Detlev Drenckhahn | Jochen Flasbarth
Prof. Dr. Christoph Leuschner | Dr. Johannes Merck | Janina Otto
Prof. Dr. Andreas Troge | Olaf Tschimpke



Bildnachweise

Tagungsfotos:
Hylmar Möckel, Hamburg

Umschlag:
WWF-Canon/Hélène Petit

Zwischenseiten, Seite 21 und 24:
WWF, Fischereimuseum Cuxhaven,
Herbert Pallusseck

S. 16: WWF-Canon/Jo Benn

S. 22/23: Natalie Behring/Greenpeace

S. 25: WWF-Canon/Michel Gunther

S. 26: WWF-Canon/Roger Hooper

S. 27: WWF-Canon/Hélène Petit

S. 28: Bob Mazzer

S. 31, 32: Deutsche See GmbH

S. 47: WWF/Karl Eberhard Heers

Impressum

Michael Otto Stiftung
für Umweltschutz
Wandsbeker Straße 3–7
22179 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 - 64 61 64 52

Fax: +49 (0)40 - 64 64 64 52

E-Mail: info@michaelottostiftung.de

www.michaelottostiftung.de

Konzept und Text:
akzente kommunikation und beratung
gmbh, München

Gestaltung:
akzente kommunikation und beratung
gmbh, München
Bartel, Brömmel, Struck & Partner
Werbeagentur GmbH, Hamburg

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.

MICHAEL OTTO
STIFTUNG

